

6 Ergebnisse der konkreten Situationsanalyse zur Verhandlung um Kulturförderung

6.1 ANALYTISCHER FOKUS AUF LINZ: IN DER SITUATION ENTHALTENE BEDINGUNGEN

Vor der detaillierten Situationsanalyse eines Entscheidungsprozesses zur Kürzung von Subventionen im Kulturbereich in Linz, der sich im Frühjahr 2014 abspielte, werden im Folgenden zunächst die strukturellen Bedingungen für kulturpolitische Verhandlungen in der oberösterreichischen Landeshauptstadt skizziert, um die Situation im Hinblick auf in ihr enthaltene, aber nicht immer explizite Bedingungen transparenter zu machen.

Kultureinrichtungen im Besitz der Stadt agieren innerhalb der stadt eigenen Unternehmensgruppe. Die Linzer Veranstaltungsgesellschaft LIVA wurde 1971 gegründet. Damit gehört Linz zu den ersten Gemeinden, die ihre Kulturbetriebe auslagerten. Die LIVA umfasst unter anderem das Konzerthaus Brucknerhaus, das Veranstaltungszentrum Posthof sowie das Kinderkulturzentrum Kuddelmudel. Auch die Ars Electronica Linz GmbH wird seit 1995 als Kultur-, Bildungs- und Forschungseinrichtung der Stadt Linz geführt. Seit 2003 wird das LENTOS Kunstmuseum gemeinsam mit dem Stadtmuseum NORDICO als Unternehmung Museen der Stadt Linz betrieben. Die Tabakfabrik Linz, die zum Kreativareal umgestaltet wurde, gehört seit 2010 ebenfalls zur Unternehmensgruppe der Stadt.

Für die freie Kunst- und Kulturszene ist die in Linz ansässige Kulturplattform Oberösterreich (KUPF) ein wesentlicher Akteur. Sie wurde 1986 aus einem Zusammenschluss lokaler und regionaler Kulturinitiativen als Verein gegründet. Die KUPF versteht sich „zunehmend weniger als basisdemokratischer Dachver-

band, sondern als kulturpolitische NPO, die durch Lobbying, Servicierung, Vernetzung und Medienarbeit kulturpolitische Erfolge in Politik, Verwaltung und bei den Initiativen anstrebt“ (Kulturplattform Oberösterreich, 2017). Über Positionspapiere und unterschiedliche Medien (KUPFzeitung, KUPFradio, KUPF-tv, Publikationen, Presseaussendungen, einen Blog und Beiträge in den Social Media) bezieht die KUPF regelmäßig zu aktuellen kulturpolitischen Themen Stellung.

Bereits ab Mitte der 1990er Jahre, in denen eine Reihe von Initiativen der freien Kunst- und Kulturszene entstand, manifestierte sich der „Wunsch nach einer politischen Verankerung der Linzer Kulturentwicklung und Entfaltung der kulturellen und künstlerischen Potenziale der Stadt“ (Landeshauptstadt Linz, Direktion Kultur, Bildung und Sport, 2013: S. 11). Zwischen 1997 und 1999 wurde auf Initiative der Kulturverwaltung der erste Kulturentwicklungsplan (KEP) für Linz erarbeitet und Anfang 2000 vom Gemeinderat als „eines der ersten österreichischen strategischen Kulturleitbilder“ (ibid.) beschlossen, das über zehn Jahre Leitlinien, Prioritäten und Rahmenbedingungen für die kulturelle Entwicklung in Linz festlegte.

Die Kulturentwicklungsplanung war unter anderem auf die Ausrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt ausgelegt, die mit zahlreichen Investitionen im Kulturbereich verbunden war. Dies war verknüpft mit einem politisch und wirtschaftlich intendierten Imagewandel von Linz von der Industrie- zur Kulturstadt (Zendron, 2009). Die Erfahrungen in der Vorbereitung und Durchführung der Europäischen Kulturhauptstadt im Jahr 2009 hatte auch eine politisierende Wirkung auf die lokale Kunst- und Kulturszene, das heißt jene Vereine, Kulturinitiativen und Kunst- und Kulturschaffende, die sich um öffentliche Förderung bewerben (in Österreich auch „Freie Szene“ genannt). Ihre Frustration mit dem Projekt lässt sich in einem „Programmbuch der abgelehnten und zurückgezogenen Projekte der Europäischen Kulturhauptstadt“ (Hofer, Hinterleitner, 2009) nachvollziehen.

Die Erfahrungen aus dem Kulturhauptstadtjahr waren dementsprechend auch für die zweite Kulturentwicklungsplanung (KEPneu) ab 2010 prägend, die eine „Verfeinerung, Adaptierung und Erweiterung“ (Landeshauptstadt Linz, Direktion Kultur, Bildung und Sport, 2013: S. 6) der Kulturentwicklung notwendig machten. Hier ging es auch darum, die Kritik der lokalen Kulturszene an einzelnen Projekten und der Intendanz der Europäischen Kulturhauptstadt zu kanalisieren (Anzinger, Philipp, 2011: S. 148) bzw. für die weitere kulturelle Entwicklung konstruktiv zu wenden. Damit sollten die Legitimationsgrundlagen für kul-

turpolitische Entscheidungen neu formiert werden. Der Aufwand dafür war nicht unerheblich: Dem zweiten KEP-Prozess wurde eine umfassende wissenschaftliche Grundlagenarbeit (Anzinger, Philipp, 2011) vorangestellt, für die der Stand der Kulturentwicklungsplanung im deutschsprachigen Raum und der wissenschaftliche Diskussionsstand zusammengefasst, 72 Interviews mit Persönlichkeiten aus dem Kunst- und Kulturbereich geführt und chronologisch der kulturpolitische Diskurs in Linz anhand von Medienberichten und Gemeinderatsprotokollen für jedes Jahr zwischen 2000 und 2010 dargestellt wurde.

Die Entwicklung des zweiten Kulturentwicklungsplans wurde basierend auf der Grundlagenarbeit 2011 in eine mehrmonatige Diskussions- und Workshopphase überführt. Dabei wurde seitens der Steuerungsgruppe, bestehend aus Mitgliedern der Kulturverwaltung (Büro Linz Kultur), des Stadtkulturbeirats und der Unternehmensgruppe Linz und unter wissenschaftlicher Begleitung durch das in Linz ansässige Institut LIQuA besonderer Wert auf partizipative Methoden gelegt. Dies wurde seitens der politisch Verantwortlichen unterstützt. So äußerte sich der damalige Bürgermeister (SPÖ):

„Der neue Kulturentwicklungsplan steht daher auch für das Bekenntnis der Stadt zu einem zielgruppengerechten kulturpolitischen Verfahren, wobei Partizipation generell für das kulturelle Geschehen in Linz eine ganz wichtige Grundmaxime darstellt.“ (Dobusch u.a., 2013)

In den Prozess wurden nach Eigenberechnungen der Stadt Linz rund 600 Personen involviert (ibd.). Neben Personen aus der Zivilgesellschaft umfasste der Prozess auch leitende MitarbeiterInnen der Verwaltung (Büro Linz Kultur in der Steuerungsgruppe). Der Ausschuss für Kultur, Tourismus und Wohnungswesen des Gemeinderats sowie der Stadtkulturbeirat wurden als beratende Gremien und in die Begutachtung der Endfassung involviert. Die Involvierung des Gemeinderatsausschusses bezweckte vor allem eine politische Rückendeckung für den Beschluss des KEP neu, der am 24. Jänner 2013 erfolgte.

Bemerkenswert ist darüber hinaus die Begleitung des Prozesses durch eine Website (<http://kep.public1.linz.at>). Diese hat nunmehr als Archiv die Funktion, den Prozess nachvollziehbar und wesentliche Dokumente und Materialien öffentlich verfügbar zu machen.

Der Linzer Stadtkulturbeirat wurde bereits 2001 als Beratungsgremium für die Stadt Linz initiiert. Aktuell wird seine Aufgabe auf der Website der Kulturverwaltung Linz folgendermaßen beschrieben:

„Der Stadtkulturbeirat soll eine Plattform sein, um einen ständigen Diskurs über die kulturelle Entwicklung in Linz zu führen und eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Anpassung an die Anforderungen einer zeitgemäßen Kulturarbeit zu initiieren.“ (Stadt Linz, Linz Kultur, 2016)

Darüber hinaus werden die Aufgaben der „Beurteilung der Wirksamkeit von Kulturfördermaßnahmen“ sowie der Vertiefung des Dialogs zwischen „den kulturpolitisch Verantwortlichen der Stadt Linz und den Linzer Kunst- und Kulturschaffenden“ formuliert (ibd.). Der Stadtkulturbeirat soll sich an den vier Leitlinien und zwölf Schwerpunktsetzungen des Kulturentwicklungsplans (KEPneu) orientieren. Ebenso kommt dem Stadtkulturbeirat die Aufgabe zu, die Umsetzung des Kulturentwicklungsplans laufend zu evaluieren (Stadtkulturbeirat Linz, 2015). Ein ständiger Erneuerungsprozess der vierundzwanzig Mitglieder und eine „möglichst breite Vertretung der Linzer Kulturinitiativen, der Kultureinrichtungen, der Künstler- und KünstlerInnenschaft und der Kulturschaffenden“ soll dazu beitragen, „die Dynamik des Diskussionsprozesses und die spartenübergreifende, vernetzte Entwicklung der im KEP neu vorgeschlagenen Konzepte zu gewährleisten“ (Stadt Linz, Linz Kultur, 2016). Im für die Analysen relevanten Zeitrahmen hatte sich der Stadtkulturbeirat gerade (am 27. Jänner 2014) neu für die Dauer von vier Jahren konstituiert. Seinen insgesamt vierundzwanzig Mitgliedern stand ein Leitungsteam (Vorsitzender, Stellvertreterin, Stellvertreter) vor. Sechzehn neu ernannte Mitglieder trafen dabei auf acht wiederbestellte Mitglieder, zwölf Männer auf zwölf Frauen. Sie repräsentierten die Bereiche Bildende Kunst, Bildung, Darstellende Kunst (zwei Mitglieder), Design, Gender, interdisziplinäre Kunstformen, Interkulturalität (zwei Mitglieder), Kinder- und Jugendkultur (zwei Mitglieder), Kunst- und Kulturvermittlung, Literatur und Kulturpublizistik, Medien, Medienkunst, Musik (zwei Mitglieder), Stadtgestaltung/Architektur, Stadtteilkultur, Tourismus, Volkskultur, Wissenschaft sowie Kulturvereinigungen, Kultureinrichtungen und -initiativen/freie Kunst- und Kulturszene (zwei Mitglieder).

Zum Zeitpunkt der Situationsanalysen (2014) setzte sich der Linzer Stadtsenat aus dem Bürgermeister (SPÖ), dem Vizebürgermeister und Stadtrat für Kultur, Tourismus und Wohnungswesen (ÖVP), dem Vizebürgermeister für Finanzen, Gesundheit, Wissenschaft (SPÖ) sowie zwei weiteren StadträtInnen der SPÖ und je einem weiteren Stadtsenatsmitglied von ÖVP, Grünen und FPÖ zusammen. Der Gemeinderat bestand aus 26 MandatarInnen der SPÖ, 17 MandatarInnen der ÖVP, 9 MandatarInnen der FPÖ, 7 MandatarInnen der Grünen und je einem Mitglied der KPÖ und des BZÖ (Stadt Linz, 2009).

Für die Kulturförderung als Teil der freiwilligen Förderungen verzeichnete Linz laut Subventions- und Transferbericht 2014 (Landeshauptstadt Linz, 2015) ein Volumen von € 2,2 Millionen, was im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Absinken um € -22 Tausend (-1,0 %) bedeutete. Dabei betrug der Anteil aller freiwilligen Förderungen (d.h. Sozial- und Gesundheitswesen, Sportförderung, allgemeine Subventionen, Altstadtterhaltung/Stadterneuerung, Wissenschaftsförderung und Kulturförderung) am Gesamtausgabenvolumen ohne Soll-Abgänge 2,0 % (2013: 2,3 %) (ibid., S. 6). Das Gesamtausgabenvolumen betrug laut Rechnungsabschluss 2014 € 788 Millionen, der Anteil aller freiwilligen Subventionen € 15,5 Millionen, der Anteil der Kulturförderung € 2,2 Millionen. 2014 war damit ein Tiefststand erreicht – 2008 umfassten die freiwilligen Förderungen noch € 23,3 Millionen. Dieser Trend sollte sich fortsetzen: 2015 betrugen die freiwilligen Förderungen € 15,2 Millionen, 2016 € 14,8 Millionen. Allerdings wurde die Kulturförderung 2016 wieder erhöht, um € 198.000 bzw. 8,8 % im Vergleich zu 2015 (Landeshauptstadt Linz, 2017: S. 8).

Der Subventions- und Transferbericht listet für 2014 insgesamt 163 EmpfängerInnen von Kulturförderung (Vereine und Einzelpersonen). Vor allem die Kleinstförderungen unter € 1.200 verzeichneten einen leichten Rückgang, die Förderanzahl sank ebenfalls (Landeshauptstadt Linz, 2015: S. 7). Dennoch nahm der Bereich Kulturförderung am Volumen aller Subventionen unter € 1.200 in Höhe von € 95.000 die größte Position ein (49,2 %) (ibid. S. 8).

Bei den öffentlichen Kultureinrichtungen, die aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Regelungen finanziert werden, zeigte sich für 2014 bei allen Einrichtungen eine Kürzung: die Linzer Museen erhielten 2014 € 745.968 (2013 € 805.008), die LIVA € 4.170.434 (2013 € 6.947.950), die Ars Electronica Linz GmbH € 4.920.000 (2013 € 6.250.000). Einzig das Land Oberösterreich als Eigentümer der Musiktheater GmbH erhielt aufgrund vertraglicher Bindung dieselbe Summe wie 2013, € 5.191.500 (Landeshauptstadt Linz, 2015: S. 16).

Die Stadt Linz begründet den Einsparungsbedarf vor allem mit steigenden Transferzahlungen an das Land Oberösterreich, die gesetzlich bzw. vertraglich vereinbarte Pflichtausgaben sind. Während die Transferzahlungen für das Musiktheater im Bereich der Kulturfinanzierung bereits hoch erscheinen, beträgt der Sprengelbeitrag für die Krankenanstalten € 49,1 Millionen und die Landesumlage (der gesetzlich vereinbarte Betrag, den die Gemeinden an die Bundesländer zu entrichten haben) € 24,7 Millionen (Landeshauptstadt Linz, 2015: S. 10).

Noch ein anderes, nicht genuin kulturpolitisches Ereignis prägte im Zeitraum 2014 die Linzer (Kultur-)Politik. Ab den 1990er Jahren unternahm die Stadt Linz hochriskante Kreditgeschäfte, die ab 2008 zu Verlusten führen. Die Stadt ist mit rund € 1,5 Milliarden verschuldet. Bis heute prozessiert die Stadt in einem

teuren Zivilprozess gegen die BAWAG-P.S.K. um den 2007 abgeschlossenen Swap 4175.¹ Die Sparmaßnahmen begründen sich also nicht nur aus steigenden Ausgaben etwa im Sozialbereich, sondern sind auch aufgrund von politischen Entscheidungen in der Vergangenheit entstanden. Vor dem Hintergrund des Streitwerts dieses Prozesses, der laut der BAWAG inklusive Zinsen und Gerichtsgebühren bei € 530 Millionen liegt (APA/Der Standard, 2014: Nr. 3., Juni 2014) erscheint der in der Folge analysierte Konflikt um Sparmaßnahmen im Bereich der nicht-gebundenen Subventionen, die insgesamt 2,0 % des Gesamthaushalts umfassen, nicht als real effizient.

Die Grundfrage im Hinblick auf die politisch debattierten Sparmaßnahmen im Kulturbereich, die nun im Detail analysiert werden, lautet also: Warum wird hier ein Streit inszeniert, dessen Ergebnis allenfalls symbolischen Wert hat?

6.2 DETAILLIERTE SITUATIONSANALYSE: ZEHNPROZENTIGE KÜRZUNG DER NICHT GEBUNDENEN SUBVENTIONEN IN LINZ

In Linz stand im Frühjahr 2014 eine zehnprozentige Kürzung der nicht gebundenen Subventionen (mit Ausnahme der Zweijahresförderungen) in jedem politischen Ressort (d.h. nicht nur im Kulturbereich) zur Debatte – allerdings muss hier vorweg gesagt werden, dass sich die ‚Debatte‘ nur auf einen sehr kurzen Zeitraum beschränkte und die Kürzungen somit von Gemeinderatsseite ziemlich handstreichartig beschlossen wurden. Das Ergebnis dieses Entscheidungsprozesses bildet sich im Subventions- und Transferbericht 2014 ab. Es ging dabei im Kulturressort um unterjährige Förderansuchen für Projektmittel, die für Kulturvereine und Kunst- und Kulturschaffende (die sogenannte „freie Szene“) relevant sind.

Auslöser, sich mit dieser Situation zu beschäftigen, bot ein im Zuge meiner Forschung im Juni 2015 geführtes Interview mit einem Mitglied des Linzer Stadtkulturbeirats (KBLI) als Beratungsgremium der Stadt in künstlerischen und kulturellen Fragen. Das interviewte Mitglied formulierte, dass diese Förderkürzungen politisch „handstreichartig“ innerhalb von drei Wochen im Frühjahr 2014 von der ersten medialen Ankündigung bis zur Beschlussfassung im Gemeinderat abliefen, und unterstellte dabei politische Absicht:

1 Für einen Überblick zum SWAP-Prozess aus Perspektive der Stadt Linz siehe (Stadt Linz, 2017).

„Da war keine Zeit, um irgendwen zu fragen beziehungsweise sie haben es de facto so angelegt, dass sie niemanden fragen müssen. [...] Wir haben dann in den drei Wochen einen Protestbrief geschrieben. Das haben wir über einen Umlaufbeschluss gemacht und gesagt, das geht nicht. Wir haben dann nachher nochmal versucht, eine politische Diskussion einzufordern, aber das ist de facto natürlich versandet. Kulturpolitik halt“ (KBLI).

Hinzu kommt, dass sich der Stadtkulturbeirat erst Ende Jänner 2014 mit sechzehn neuernannten Mitgliedern neu konstituiert hatte. Es kann daher angenommen werden, dass sich bis Anfang April weder Routinen der Kooperation zwischen den Mitgliedern noch eine regelmäßige Kommunikation mit PolitikerInnen etablieren konnten.

Zur Rekonstruktion und interpretativ-situationsanalytischen Erforschung standen mir die in Linz geführten Interviews mit fünf Personen (ein Mitglied des Gemeinderats und Kulturausschusses, zwei MitarbeiterInnen der Verwaltung, ein Mitglied des Stadtkulturbeirats, zugleich MitarbeiterIn eines stadteigenen Kulturbetriebs sowie ein/e WissenschaftlerIn und KulturberaterIn) zur Verfügung. Das Material aus den Interviews wurde von mir anonymisiert ausgewertet und weiterverarbeitet. Darüber hinaus habe ich Datenmaterial aus einem auf der Website der Stadt Linz veröffentlichten „Wortprotokoll-Auszug der 44. Gemeinderatssitzung am 10.4.2014“ (Gemeinderat der Stadt Linz, 2014) unter dem programmatischen Titel „Beauftragung zur Umsetzung von Sofort-Maßnahmen - 10%-Kürzung der nicht gebundenen Subventionen“ verwendet. Ein offener Brief des Stadtkulturbeirats, adressiert an die Stadtpolitik, in dem die Kürzungen kritisiert werden, war eine weitere Datenquelle (Diesenreiter, Stadtkulturbeirat Linz, 2014).

Auf Basis des generierten Datenmaterials habe ich die Situation und die AkteurInnen und Aktanten kartiert (ungeordnetes Situationsmapping (Clarke, 2012: S. 125)). Im Zuge einer ersten vorläufigen Analyse der Beziehungen zwischen den Elementen (AkteurInnen, Aktanten sowie sonstige Elemente, wie sie in der Situation physisch präsent sind bzw. kommunikativ erzeugt werden) richtete sich meine Aufmerksamkeit auf den Finanzstadtrat, den Kulturstadtrat sowie eine/n leitende/n MitarbeiterIn der Kulturverwaltung und den Stadtkulturbeirat. Daraufhin habe ich mich entschieden, den argumentativen/kommunikativen Handlungen dieser AkteurInnen, soweit sie für mich rekonstruierbar waren, eine besondere analytische Aufmerksamkeit zu schenken. Zu diesem Zweck habe ich ein Kategorienraster (geordnetes Mapping (Clarke, 2012: S. 128)) erstellt. Zusätzlich zu den Elementen der Situation und ihrer Präsenz (physische Anwesenheit, explizite oder implizite Ansprache, Schweigen) habe ich hier auch die

kommunikativen Handlungen (Argumente) der jeweils sprechenden AkteurInnen integriert. Das bedeutet, dass der konkrete Forschungsgegenstand – die Verhandlung der generellen zehnpromzentigen Kürzungen aller nicht gebundenen Subventionen – als Situation retrospektiv und aus verschiedenen Sichtweisen und Positionen (der Forscherin, einiger Beteiligter) partiell rekonstruierbar wird.

Situationen materialisieren sich in kommunikativen Handlungen (Habermas, 1981, 1995) („wir generieren routinemäßig die Bedeutung der – menschlichen, nicht-menschlichen, hybriden – materiellen Welt; wir tun dies zugleich innerhalb und mit Hilfe dieser Welt, als verkörperte Bestandteile von ihr“ (Clarke, 2012: S. 49)). In der Analyse setze ich die AkteurInnen und Elemente der Situation miteinander in Beziehung. Parallel analysiere ich ihre kommunikativen Handlungen unter Bezugnahme auf die Rechtfertigungsordnungen (sechs Welten) nach Boltanski und Thévenot. Dabei nehme ich auch auf die Kritik der sechs Welten aneinander und deren Beschwichtigung (über Kompromisse zwischen den Welten) Bezug. Auf Basis dieses Vergleichsrasters können sowohl die Beziehungen zwischen den AkteurInnen und Elementen in der Situation und ihre Bezugnahme auf sprachlich bzw. argumentativ vermittelte Kategorien der Rechtfertigung analysiert und interpretiert werden.

Die hier analysierte konkrete Entscheidungssituation ist als Gemeinderatssitzung gerahmt. BürgerInnen können anwesend sein, haben aber kein Mitsprache- oder Stimmrecht. Die Rolle des Gemeinderats bei der Steuerung und Kontrolle wird als eher gering eingeschätzt. Vielmehr stellt er eine Arena dar, in der zuvor vorbereitete (und informell getroffene) Entscheidungen ritualisiert vorgestellt, verteidigt und formell abgeschlossen werden (Fallend u.a., 2001: S. 54). Die Protokolle der Gemeinderatssitzungen bieten BürgerInnen (und ForscherInnen) die Möglichkeit, diesen Akt retrospektiv nachzuvollziehen. Auf den ersten Blick scheinen Gemeinderatsprotokolle daher weniger geeignet für eine Analyse von Governance, insbesondere deliberativer Governance als öffentliche, gemeinsame Verhandlung von bestmöglichen Lösungen. Dennoch sind sie jene Dokumente, in denen sich öffentlich manifestiert, was zuvor im Informellen, Geheimen verhandelt wurde – sie bieten somit einen Schlüssel zur ‚realen‘ Governance (also Realpolitik) der Steuerung der Entscheidung(svorbereitung) hinter den Kulissen.

Die kommunikativen Handlungen im Rahmen der im Gemeinderat vorgetragenen Argumentationen erscheinen grundsätzlich hybrid: einerseits als strategische Sprechhandlungen (Habermas, 1981) mit einem rhetorischen Charakter ausgestattet und einer persuasiven Handlungsorientierung folgend. Dabei werden auch

Konflikte mit den politischen GegnerInnen erzeugt bzw. ausgetragen. Andererseits sind solche Sprechhandlungen, wenn sie auch Rechtfertigungen enthalten, auf Verständigung ausgerichtet. Im Sinne von Chantal Mouffe geht es also um einen Agonismus zwischen „freundlichen Feinden“, die einen gemeinsamen symbolischen Raum teilen, aber die Regeln bzw. Handlungsweisen unterschiedlich auslegen (Mouffe, 2000: S. 13). Auf paradoxe Weise wollen sie sich voneinander unterscheiden und zugleich eine gemeinsame Praxis aufrechterhalten.

6.2.1 Akteur Finanzstadtrat

Zunächst erfolgt die Analyse und Interpretation des Berichts des Vizebürgermeisters und Finanzstadtrats der SPÖ anhand des Wortprotokolls der 44. Gemeinderatssitzung (Gemeinderat der Stadt Linz, 10.4. 2014) zu Tagesordnungspunkt D4, titulierte als „Beauftragung zur Umsetzung von Sofort-Maßnahmen – 10%-Kürzung der nicht gebundenen Subventionen“. Es ist davon auszugehen, dass es sich dabei um eine geplante und vorbereitete Rede handelt, da der Finanzstadtrat die Sitzung eröffnet und somit die Themen setzt.

Tabelle 9: Situations-Map Kürzungen in Linz, Bericht des Vizebürgermeisters/ Finanzstadtrats (SPÖ), geordnete Arbeitsversion (Gemeinderat der Stadt Linz, 2014)

Elemente der Situation (nach Clarke)	Kommunikative Sprechhandlung	Zuordnung zu sechs Welten (nach Boltanski und Thévenot)
Akteur (spricht/anwesend) = Finanzstadtrat	„Der Gemeinderat beschließe“	„Beschluss des Gemeinderats“ als Urteil (Akt) der staatsbürgerlichen Welt (durch Abstimmung herbeigeführt)
Kollektiver Akteur (wird angesprochen/schweigt/ anwesend) = Gemeinderat	„10 Prozent der nicht gebundenen Subventionsvolumina werden für 2014 gemäß der Beträge laut Beilage gekürzt“	„10 Prozent“ und „Volumina“ als Evidenz (Messung) der industriellen Welt
Kollektiver Akteur (anwesend) = Stadtregierung		

Kollektive AkteurInnen (schweigen/potentiell anwesend) = BürgerInnen, JournalistInnen Diskursive Konstruktion = Kürzung der Subventionsvolumina Element Zeit = Zeitrahmen für 2014 Aktant = der Antrag		„nicht gebundenen“ Investition als Teil der Welt des Marktes (Opportunismus, Freiheit) „Subventionsvolumina“ als Investition der staatsbürgerlichen Welt (Verzicht auf das Partikularinteresse) „gemäß der Beträge“ Relation der industriellen Welt (messen), Evidenz der Welt des Marktes (Geld) Gemeinderat als Subjekt (Akteur) der staatsbürgerlichen Welt der „Antrag“ als Objekt (diskursiver und materieller Aktant) der staatsbürgerlichen Welt
Interpretative Analyse der Beziehungen: Der Finanzstadtrat handelt konstitutiv für die Situation, in dem er im Namen der Stadtregierung den Antrag einbringt und das Ziel und den Zweck der Sitzung definiert („der Gemeinderat beschließe“). Der betreffende Antrag D4 ist als „Beauftragung“ tituiert, d.h. die Stadtregierung muss vom Gemeinderat zur Umsetzung dieser Maßnahmen beauftragt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, agiert er in der Welt der Meinung, seine Beziehung zu den anderen AkteurInnen der Situation ist durch den Bedarf der Überzeugung geprägt. Er integriert bereits zu Beginn seiner Rede Kategorien aus der industriellen Welt, der Welt des Marktes und der staatsbürgerlichen Welt. Diese Kategorien werden in der Folge wieder aufgegriffen.		

Der Zeitrahmen – eine Handlung in der Gegenwart, die Konsequenzen in der Zukunft hat – wird ebenfalls vom Finanzstadtrat definiert.		
Akteur (spricht/ anwesend) = Finanzstadtrat Kollektiver Akteur (schweigt/anwesend) = Gemeinderat Kollektiver Akteur (anwesend) = Stadt- regierung Kollektive AkteurIn- nen (schweigen/ potentiell anwesend): BürgerInnen, Journa- listInnen AkteurInnen (schweigen/ abwesend) = die KritikerInnen Aktant = der Antrag	<i>„Dieser Antrag ist im Vor- feld durchaus kritisch disku- tiert worden.“</i>	Das Image in der Öffentlichkeit als Konstellation der Welt der Meinung Die Öffentlichkeit als Größe bzw. Instanz der staatsbürgerlichen Welt
Interpretative Analyse der Beziehungen: Es gibt Kritiker, der Finanzstadtrat kennt sie vermutlich, aber sie bleiben stumm und abstrakt. Zugleich integriert der Finanzstadtrat die Kritik in seine Rede, er hat sie wahrgenommen. Er hebt den Status der Kritik rhetorisch, beherrscht aber die Situation dadurch, dass er (im Gegensatz zu den KritikerInnen) präsent ist und spricht.		
Kollektiver Akteur (schweigt/anwesend) = Gemeinderat Kollektiver Akteur	<i>„Zu Recht, wie ich finde, weil es ein Schritt ist, den wir uns wirklich nicht leicht gemacht haben und der, meiner Meinung nach, nur</i>	<i>„zu Recht, wie ich finde“, moralisch fundier- te hierarchische Über- ordnung (Wohlwollen und Besonnenheit) als</i>

(anwesend) = Stadtregierung Kollektive AkteurInnen (schweigen/ potentiell anwesend): BürgerInnen, JournalistInnen Akteur (spricht/ anwesend) = Finanzstadtrat Diskursive Konstruktion = Sparmaßnahmen Aktant = der Antrag	<i>im Kontext mit diesem Bündel an Vielfalt an Sparmaßnahmen so sinnvoll ist.</i>	Größe der häuslichen Welt „wir uns wirklich nicht leicht gemacht haben“ Investition der staatsbürgerlichen Welt (Verzicht auf das Partikularinteresse, Kampf), der Finanzstadtrat spricht für die Stadtregierung als kollektiver Akteur „Bündel an Vielfalt“ Objekt der Welt des Marktes (Reichtum) „an Sparmaßnahmen“ Relation der Welt des Marktes (bezahlen) und Objekt der industriellen Welt (Maßnahmen)
Interpretative Analyse der Beziehungen: Der Bezug auf eine vorangegangene kritische Diskussion hat potentiell eine legitimierende Funktion. Kritik wird integriert und zugleich wohlwollend, d.h. aus einer hierarchisch übergeordneten Position betrachtet. Der Finanzstadtrat wechselt zwischen dem Sprechen als Person mit einer individuellen Meinung (Überordnung) und seiner Unter- bzw. Einordnung in eine staatsbürgerliche Kollektivperson (Gemeinderat/Stadtregierung). Er suggeriert, dass seine Meinung und die Meinung des Kollektivs übereinstimmen. Das „Bündel an Vielfalt“ hebt hervor, dass verschiedene Sparmöglichkeiten kombiniert wurden und vermittelt damit komplexes, differenziertes Urteilsvermögen. Die Lösung, Sparmaßnahmen, wird damit als Kompromiss, als bestmögliche Lösung unter schwierigen Bedingungen argumentativ konstruiert.		
Akteur (spricht/anwesend)	<i>„Wir legen uns bei einem späteren Tagesordnungs-</i>	„wir ... einstimmig“ der Vorrang der Kollektive

= Finanzstadtrat Kollektiver Akteur (schweigt/anwesend) = Gemeinderat Kollektive AkteurInnen (repräsentiert/anwesend/schweigen) = Parteien/Politik Kollektive AkteurInnen (schweigen/anwesend) = Stadsenatsmitglieder Kollektive AkteurInnen (schweigen/ potentiell anwesend): BürgerInnen Aktant = der Antrag Diskursive Konstruktion = Parteienförderung Diskursive Konstruktion = Ermessensausgaben Diskursive Konstruktion = minus zehn Prozent Element Zeit = späterer Zeitpunkt	<i>punkt selbst einstimmig, so wie es aussieht, auf, die Parteienförderung minus zehn Prozent zu kürzen, um hier als Politik mit gutem Beispiel voranzugehen und schlagen aber auch vor, bei den Ermessensausgaben der Stadsenatsmitglieder zehn Prozent einzusparen. “</i>	als übergeordnetes Prinzip der staatsbürgerlichen Welt und das Verdikt durch Abstimmung als Urteil der staatsbürgerlichen Welt „mit gutem Beispiel voranzugehen“ Subjekte der häuslichen Welt (die Höherstehenden und die Untergebenen), Objekte der häuslichen Welt (die Regeln des guten Benimmings) „Stadsenatsmitglieder“ als Subjekte der staatsbürgerlichen Welt „Ermessensausgaben“ als Kompromiss zwischen der staatsbürgerlichen Welt (Willkürverbot/Gleichheitssatz nach Art. 7 des Bundesverfassungsgesetzes (BV-G) und Art. 2 des Staatsgrundgesetzes), der industriellen Welt (messen) und der Welt des Marktes (opportunes Handeln, Investition)
---	--	---

Interpretative Analyse der Beziehungen: In diesem Abschnitt erfolgt eine Wiederholung und damit Betonung der Suggestion, dass persönliche Meinung und Abstimmung der Kollektivperson übereinstimmen. Die Beziehung zwischen dem Finanzstadtrat und dem Gemeinderat ist vom Zweck der Überzeugung (Beziehung der Welt der Meinung) geprägt, um die Abstimmung (Urteil der staatsbürgerlichen Welt) zu entscheiden. Zusätzlich nimmt er auf die häusliche Welt Bezug (die Höherstehenden gehen den Untergebenen „mit gutem Beispiel voran“). Durch diese als beispielhaft konstruierte Beziehung verschleiert er, dass in der Logik der staatsbürgerlichen Welt Parteien als Repräsentanten von Kollektivpersonen ohnehin ihre Interessen denen des Kollektivs unterordnen sollten. Parteien verfolgen mithin als Konkurrenten in einer Welt des (Stimmen-)Markts auch partikuläre Absichten, denen die Parteienförderung dient.

Ermessensausgaben sind jene Ausgaben, über die die Stadträte in ihrem Ressort frei, d.h. im Rahmen des Gleichheitssatzes (Willkürverbots) entscheiden dürfen – Ausgaben, bei denen es keine gesetzliche oder vertragliche Fixierung gibt. Dazu zählt die öffentliche Kulturförderung. In der Folge werden die Stadtseatsmitglieder als TrägerInnen einer Ermessenskompetenz tituliert. Dadurch erscheint es als legitim, dass diese in einer Welt des Marktes eine Ausgabe tätigen bzw. nicht tätigen (Investition) und gleichzeitig in der staatsbürgerlichen Welt dazu berechtigt sind, die Höhe dieser Ausgabe zu bestimmen. Dass der Finanzstadtrat sich auf einen künftigen Beschluss bezieht und dabei ein einstimmiges Urteil voraussieht, vermittelt den Eindruck, dass es dazu bereits im Vorfeld Absprachen gab und der Beschluss in der offiziellen Gemeinderatssitzung nur Formsache ist.

Akteur (spricht/anwesend) = Finanzstadtrat	<i>„Hier geht es, und das ist mir ganz wichtig, um die nicht gebundenen Förderungen. Dazu möchte ich noch etwas genauer erklären, weil es hier im Vorfeld verschiedene Fragen dazu gegeben hat. Jedes Stadtseatsmitglied hat in seinem Bereich nicht gebundene Mittel, die dafür da sind, unterjährig auftauchende Subventionsfragen klären zu</i>	„das ist mir ganz wichtig“ der Wunsch nach Anerkennung als Würde der Welt der Meinung
Akteur (schweigt/anwesend) = Gemeinderat		„möchte ich noch etwas genauer erklären“ der Experte als Subjekt der industriellen Welt
Aktanten = verschiedene Fragen (=Kritik)		
Akteur (schweigend/anwesend): jedes		„Jedes Stadtseatsmitglied hat in seinem Be-

Stadtsenatsmitglied Kollektive AkteurInnen (schweigen/ potentiell anwesend): BürgerInnen, JournalistInnen Aktant = der Antrag Diskursive Konstruktion = nicht gebundene Mittel/nicht gebundene Förderungen/investive Zuschüsse	<i>können, in der Kultur, im Sozialen, im Sport Unterstützung leisten zu können. “</i>	reich nicht gebundene Mittel“ Stadtsenatsmitglied als Subjekt der staatsbürgerlichen Welt, „nicht gebundene“ Investitionsmöglichkeit der Welt des Marktes, (Budget-) Mittel als Objekte der industriellen Welt „unterjährig auftauchend“ unvorhergesehene Begegnungen als Beziehung der Welt der Inspiration „Unterstützung“ der Verzicht auf das Partikularinteresse als Investition der staatsbürgerlichen Welt
Interpretative Analyse der Beziehungen: Der Finanzstadtrat bezieht sich als erklärender Experte (Subjekt der industriellen Welt) auf die Situation. Diese Expertensicht ist jedoch keine neutrale Sicht, sondern soll seine Position in der Welt der Meinung stärken. Auch hier werden die Stadtsenatsmitglieder wieder als RepräsentantInnen der Bereiche (Subjekte der staatsbürgerlichen Welt) und Verfüger über finanzielle Mittel (Subjekte der Welt des Marktes/Objekte der industriellen Welt) dargestellt. Somit stützt sich der Finanzstadtrat auf unterschiedliche Welten, in denen sein Argument, dass die Stadtsenatsmitglieder ihre Entscheidungen treffen, jeweils legitim ist. Dass Subventionsfragen „unterjährig auftauchen“ ist ein Verweis auf die Welt der Inspiration, der diese Ansuchen als ungeplant, ungewohnt, undebattiert, unverhandelt kennzeichnet und ihnen damit in keiner der anderen Welten Legitimität zuerkennt.		
Akteur (spricht/anwesend)	<i>„Davon getrennt, und das ist ganz wesentlich, sind die</i>	„getrennt“ ordnen als Relation der industri-

= Finanzstadtrat Kollektiver Akteur (schweigt/anwesend) = Gemeinderat Kollektiver Akteur (anwesend) = Stadtregierung Kollektive AkteurInnen (schweigen/potentiell anwesend) = BürgerInnen, JournalistInnen Aktant = der Antrag Diskursive Konstruktion = Zweijahressubventionen Räumliches/politisches Element = Stadt Linz	<i>Zweijahressubventionen und alle anderen durch Beschlüsse gedeckten Subventionen. Die machen die absolute Majorität der finanziellen Zuwendungen im Bereich der Subventionen der Stadt Linz aus.“</i>	ellen Welt „Zweijahressubventionen“ Verzicht auf Partikularinteresse als Investition der staatsbürgerlichen Welt „durch Beschlüsse gedeckt“ rechtlich legitime Verfahrensweise, gesetzliche Formen (Verträge) als Objekte der staatsbürgerlichen Welt „die absolute Majorität“ das Verdikt durch Abstimmung als Urteil der staatsbürgerlichen Welt „der finanziellen Zuwendungen im Bereich der Subventionen“ Zuwendung als Größenverhältnis der häuslichen Welt verbunden mit der „Stadt Linz“, Gebietskörperschaft als Subjekt der staatsbürgerlichen Welt
Interpretative Analyse der Beziehungen: Der Finanzstadtrat bleibt weiter in der Rolle des Experten und ordnet die Situation. Die Verweise auf Kategorien der staatsbürgerlichen Welt und der industriellen Welt unterstützen argumentativ dabei, die Stabilität der Zweijahresförderung zu betonen. Die „Zuwendung“ als Investition der häuslichen Welt bekräftigt den Zweck, der Expertise des Finanzstadtrats zu vertrauen und dient dazu, die anderen Gemeinderats-		

mitglieder (und die hier schweigende, abstrakte Öffentlichkeit bzw. „die KritikerInnen“) zu überzeugen. Der Verweis auf vorangehende Beschlüsse vermittelt Sicherheit, es gibt bereits Zusagen, die rechtsverbindlich sind und damit nicht zur Debatte stehen.

Akteur (spricht/ anwesend) = Finanzstadtrat	„Es braucht kein Verein wegen dieses Antrags um seine Zweijahressubventionen oder irgendwelche bereits zugesagten Beschlüsse bangen. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Ich habe mir erlaubt, nachdem es sozusagen nicht so leicht zu transportieren ist, zu versuchen, das Ganze optisch darzustellen. Ich hätte gerne dargestellt, dass wir ein Gesamtvolumen von 260 Millionen Euro in diesem Bereich an Subventionen vergeben und dass wir für diesen Bereich von rund 4,5 Millionen Euro reden, davon zehn Prozent, also 447.000 Euro.“	Nicht „bängen“ hierarchische Überordnung, Vertrauen, Vertrauenswürdigkeit als Größe der häuslichen Welt
Kollektiver Akteur (schweigt/anwesend) = Gemeinderat		„bereits zugesagte Beschlüsse“, Rechtmäßigkeit, rechtliche Formen als Objekte der staatsbürgerlichen Welt
Kollektiver Akteur (anwesend) = Stadtregierung		„ich habe mir erlaubt...zu versuchen...ich hätte gerne dargestellt“ Verweis auf die Kompetenz bzw. Expertise des Finanzstadtrats („ich hätte gerne“ bedeutet so viel wie „ich kann“ („muss mich aber kurz halten“) Experte als Subjekt der industriellen Welt
AkteurInnen (schweigen/abwesend) = Vereine		„optisch darzustellen“ Methode als Objekt der industriellen Welt
Kollektive AkteurInnen (schweigen/potentiell anwesend) = BürgerInnen		Messen der Verhältnisse als Methode der industriellen Welt
Aktant = der Antrag Diskursive Konstruktion = Zweijahressubventionen		
Diskursive Konstruktion = 260 Millionen/4,5 Millionen/10 Prozent /447.000 Euro (unklar, ob sichtbar oder unsichtbar – „hätte gerne dargestellt“)		

		Geld als Evidenz der Welt des Marktes
Interpretative Analyse der Beziehungen: Kategorien aus der häuslichen Welt dienen dem Finanzstadtrat dazu, bei parteipolitischen GegnerInnen und der abstrakten Öffentlichkeit um Vertrauen zu werben. Kategorien aus der staatsbürgerlichen Welt unterstützen dies, indem sie Sicherheit und Stabilität vermitteln. Mittel aus der industriellen Welt (optische Darstellung) vermitteln Expertise, allerdings bleibt ob der höflichen Verkläusulierung unklar, <i>ob</i> die Darstellung erfolgt ist. Die Nennung der Geldsummen als Kompromiss zwischen der industriellen Welt und der Welt des Marktes (Boltanski, Thévenot, 2014: S. 446) erzeugt Evidenz (Geld) und Stabilisierung (Messen) und unterstreicht die Autorität eines Finanzstadtrats, der mit hohen Geldsummen routiniert umgeht.		
Akteur (spricht/anwesend) = Finanzstadtrat	<i>„Die Wirkung dieses Antrages ist es, dass die Basis für das nächste Jahr um zehn Prozent reduziert wird, so dass wir von einem niedrigeren Betrag wegstarten, es ist aber damit nicht die bereits beschlossene Kreditsperre gemeint. Eine Kreditsperre hat eine ganz andere Funktion. Eine Kreditsperre ist eine Art Vorsichtsmaßnahme, wo man dafür sorgt, dass nur einmal grundsätzlich bis zu 90 Prozent der veranschlagten Mittel ausgegeben werden und im Bedarfsfall können auch die letzten zehn Prozent ausgeschöpft werden. Das ist von dem hier vorliegenden Antrag zu unterscheiden.“</i>	Antrag als Objekt der staatsbürgerlichen Welt bewirkt, übersetzt als Methode der industriellen Welt , die messbare, d.h. in der Kategorie der industriellen Welt evidente Reduzierung um zehn Prozent
Kollektiver Akteur (schweigt/anwesend) = Gemeinderat		
Kollektiver Akteur (anwesend) = Stadtregierung		Nutzen für das Kollektiv („wir von einem niedrigeren Betrag wegstarten“) wird übersetzt in die Welt des Marktes und die staatsbürgerliche Welt
Kollektive AkteurInnen (schweigen/ potentiell anwesend) = BürgerInnen, JournalistInnen		
Aktant = der Antrag		Kreditsperre als Methode der industriellen Welt wird übersetzt in die häusliche Welt als
Diskursive Konstruktion = Kreditsperre		
Diskursive Konstruktion		

tion = Vorsichtsmaßnahme		„Vorsichtsmaßnahme, wo man dafür sorgt“ (Höherstehende und Untergebene als Subjekte), bzw. die Subjekte der staatsbürgerlichen Welt (Stadt Linz und ihre Repräsentanten) daran hindert, frei, d.h. im Investitionsmodus der Welt des Marktes zu handeln
Interpretative Analyse der Beziehungen: Der Finanzstadtrat bezieht sich weiter als Experte auf die Situation. Er verweist erneut auf einen in der Vergangenheit liegenden Beschluss, die Kreditsperre, die er von der aktuellen Kürzung der Ausgaben für nicht gebundene Subventionen unterscheidet. In diesen Argumentationen stellt er Beziehungen bzw. Übersetzungen zwischen Kategorien unterschiedlicher Welten her. Die Welten werden somit aufeinander bezogen, d.h. sie stützen sich gegenseitig – wieder in der Absicht des Finanzstadtrats, den Gemeinderat (und die Öffentlichkeit bzw. Teilöffentlichkeiten) zu überzeugen. Zugleich begrenzen sich die Welten gegenseitig – Kategorien der industriellen Welt, das Objekt der Kreditsperre und die Fürsorge als hierarchische Überordnung der häuslichen Welt begrenzen die PolitikerInnen als Subjekte der staatsbürgerliche Welt darin, gänzlich frei, als Marktakteure zu handeln. Auch die Messung erfolgt in Kategorien der industriellen Welt: Prozentsätze (und nicht Geldsummen als Arrangements zwischen der Welt des Marktes und der industriellen Welt (Boltanski, Thévenot, 2014: S. 444)) werden genannt. Dass die genaue Summe nicht genannt wird, verschleierte sie.		
Akteur (spricht/anwesend) = Finanzstadtrat Kollektiver Akteur (spricht/anwesend) = Stadtregierung Kollektive AkteurIn-	<i>„Ich glaube, wir sollten nicht den Fehler machen, hier mit dem - wie es auch schon in der öffentlichen Diskussion zu vernehmen war - Rasenmäher drüberzufahren und bei allen diesen genannten Stellen zehn</i>	Öffentliche Diskussion als Prüfung der Welt der Meinung „Rasenmäher drüberzufahren“ als Kritik der häuslichen Welt am unangebrachten Formalismus, am instru-

nen (sprechen/ anwesend) = „wir“ als Politiker und Poli- tikerinnen Kollektive AkteurIn- nen (schweigen/ potentiell anwesend) = BürgerInnen, Jour- nalistInnen Aktant = der Antrag Diskursive Konstruk- tion = Rasenmäher Diskursive Konstruk- tion = zehn Prozent Kollektiver Akteur (schweigt/abwesend) = Öffentlichkeit	<i>Prozent einfach wegzustrei- chen. Das wäre, glaube ich, ein sehr unpolitischer Vor- gang und da würden wir es uns als Politiker und Politi- kerinnen zu einfach machen. Für einen Rasenmäher braucht man besser einen Gärtner und keinen Politi- ker.“</i>	mentellen, entmensch- lichten Handeln (d.h. Maschine handelt statt Mensch) der industri- ellen Welt „ein sehr unpolitischer Vorgang“ als Kritik der staatsbürgerlichen Welt an der industriel- len Welt, da keine Prü- fung durch Kategorien der staatsbürgerlichen Welt (Einsatz für eine gerechte Sache)
Interpretative Analyse der Beziehungen: Der Finanzstadtrat erkennt an, dass ein zu rigides, an den Mitteln zum Zweck (d.h. an Kategorien der industriellen Welt) orientiertes instrumentelles Handeln (der metaphorische Rasenmäher) nicht mit der staatsbürgerlichen Welt in Einklang zu bringen ist. Hier verweist er zwar auf den Bedarf, politisch zu handeln, verweist damit jedoch (wie sich auch im folgenden Absatz zeigt) eher auf den Ermessensspielraum und die politische Verantwortung der einzelnen StadträtInnen als auf eine mögliche demokratische Debatte zu den geplanten Kürzungen. Dass er sich zuvor als erklärender Experte positioniert hat und zusätzlich auf bereits getroffene Entscheidungen verweist, verschließt den Rahmen für offene Debatten im Gemeinderat bzw. unter Einbeziehung der (betroffenen) Öffentlichkeit.		
Akteur (spricht/anwesend) = Finanzstadtrat	<i>„Ich präferiere die Vari- ante, dass man den Stadt- senatsmitgliedern durchaus zutraut, im eigenen Ressort</i>	Verknüpfung unter- schiedlicher Welten: Zutrauen als hierarchi- sche Überordnung der

Kollektiver Akteur (schweigt/anwesend) = Gemeinderat	<i>Bereiche zu definieren, wo man mehr sparen möchte und natürlich die Möglichkeit hat, zu sagen, hier gibt es Bereiche, bei diesem kleinen Bereich, von dem wir sprechen, wo nicht gespart werden soll. Es soll also der jeweilige politische Referent seine Schwerpunkte setzen. Bei mir zum Beispiel, in meinem Bereich als Finanzreferent habe ich acht Voranschlagsstellen, wo diese freiwilligen Mittel anwendbar sind. Ich werde aller Voraussicht nach drei davon verwenden, um das bei mir vorgesehene Einsparungsvolumen von 59.000 Euro zu erreichen und bei den anderen gar keine Kürzung vornehmen. Das heißt, es ist durchaus die politische Verantwortung des einzelnen Referenten, und das soll so sein und das muss man uns, glaube ich, als Stadtregierungsmitgliedern zugestehen, dass man sagt, wir setzen hier Schwerpunkte und wir definieren, wo wir diese Einsparungsmaßnahmen erzielen möchten.“</i>	häuslichen Welt „im eigenen Ressort Bereiche zu definieren“ Besitzen als Größenverhältnis der Welt des Marktes , Ressort als Subjekt der staatsbürgerlichen Welt , definieren als Relation der industriellen Welt „es soll also der jeweilige politische Referent seinen Schwerpunkt setzen“ Subjekte der staatsbürgerlichen Welt werden zu Subjekten in der Welt des Marktes „in meinem Bereich als Finanzreferent habe ich acht Voranschlagstellen“... Subjekt der staatsbürgerlichen Welt wird zu Subjekt in der Welt des Marktes , das über Objekte und Relationen der industriellen Welt verfügt bzw. diese beherrscht: „verwenden ... um zu erreichen“ „durchaus die politische Verantwortung des einzelnen Referenten, und das soll so sein
Kollektive AkteurInnen (anwesend) = Stadtregierung		
Kollektive AkteurInnen (schweigen/ potentiell anwesend) = BürgerInnen, JournalistInnen		
Aktant = der Antrag		
Diskursive Konstruktion = Bereiche		
Diskursive Konstruktion = freiwillige Mittel		
Diskursive Konstruktion = 59.000 Euro		
AkteurInnen (schweigend/ implizit/abwesend) = „man muss uns zugestehen“ (Öffentlichkeit? BürgerInnen? „Kritiker“?)		

		und das muß man uns, glaube ich, als Stadtregerungsmitgliedern zugestehen“ Arrange-ment zwischen Beziehungen der häuslichen Welt (moralische Verantwortung, Respekt, Unterordnung), der staatsbürgerlichen Welt (rechtsnormativ, repräsentativ) und der Welt der Meinung (Urteilsbildung der Anderen)
Interpretative Analyse der Beziehungen: Obwohl der Finanzstadtrat zuvor von „unpolitischen Vorgängen“ spricht (exemplifiziert durch das diskursive Konstrukt des Rasenmähers) und die eigentliche Aufgabe von Politiker und Politikerinnen betont, wird die eigentliche Entscheidung, <i>wo</i> die Kürzungen erfolgen, individualisiert bzw. in den Gestaltungsbereich der zuständigen StadträtInnen verlagert. Rechtfertigungskategorien der staatsbürgerlichen Welt, die sich durch demokratische Debatten auszeichnet und in der das Kollektive als übergeordnetes Prinzip Vorrang hat, bleiben damit auf Ebene des normativen Appells. Vorgelagert und diesen Vorgang legitimierend ist die kollektive Entscheidung des Gemeinderats, <i>dass</i> die Kürzungen stattfinden. Auch hier finden Übersetzungsprozesse statt – Subjekte der staatsbürgerlichen Welt (kollektive Entscheidung) werden zu Subjekten der Welt des Marktes (individuelle Entscheidung). Als Kompromiss wird den einzelnen ReferentInnen abverlangt, ihre Entscheidungen anhand von Objekten der industriellen Welt – Voranschlagsstellen, Mittel – umzusetzen, um geplantes Vorgehen (und keine Willkür als Niedergang der staatsbürgerlichen Welt) zu suggerieren. Zusätzlich appelliert er in Richtung eines abstrakten Adressaten (Urteil der Anderen in der Welt der Meinung, die BürgerInnen oder die KritikerInnen) an die moralische Vernunft (Kategorien der häuslichen Welt), die er arrangiert mit einer rechtsnormativen Vernunft, der Aufgabe als gewählte politische Entscheidungsträger (der staatsbürgerlichen Welt).		

Akteur (spricht/anwesend) = Finanzstadtrat	„Ich weiß, dass es gerade im Bereich der Linz Kultur große Diskussionen gegeben hat, weil es Kritik von der Freien Szene gegeben hat, die gesagt hat, es drohen ihnen Kürzungen in ihren Budgets. Ich glaube aber, dass das nicht der Fall sein muss. Herr Kollege Baier hat die Möglichkeit, diese Einsparungen bei anderen Stellen und anderen Voranschlagsstellen zu machen, sodass er die Freie Szene gar nicht braucht, um hier diese Einsparung erzielen zu können. Es hat auch sein Vorgänger, Vizebürgermeister Watzl, sicher dement-sprechende Schwerpunkte gesetzt und hier besteht die Möglichkeit, einen eigenen Weg zu gehen, eigene Vorschläge zu machen und hier Ideen einzubringen. Es gibt einen guten, auf dem Tisch liegenden Vorschlag auch von dir, über den wir schon diskutieren, das ist das Linz Fest zweijährig zu machen und dadurch Mittel frei zu bekommen, über das wir in den kommenden Gemeinderatssitzungen diskutieren können, was wir mit diesen frei werdenden Mitteln dann tun können.“	„Kritik von der Freien Szene gegeben hat, die gesagt hat, es drohen ihnen Kürzungen in ihren Budgets“ das Gerücht als Urteil der Welt der Meinung „ihre Budgets“ als Objekt der Welt des Marktes „es drohen“ die Regeln des Benimms als Objekte der häuslichen Welt „Herr Kollege“ Subjekt und Beziehungen der häuslichen Welt , der Umgang unter guterzogenen Menschen Subjekt der industriellen Welt (Kollege/Professioneller) „sein Vorgänger...hier besteht die Möglichkeit, einen eigenen Weg zu gehen, eigene Vorschläge zu machen“ Konkurrenten als Subjekte der Welt des Marktes „Vorschlag“ als Relation der Welt des Marktes (aushandeln, Interesse wecken)
Kollektiver Akteur (anwesend) = Stadtregierung		
Kollektiver Akteur (anwesend/schweigt) = Gemeinderat		
Kollektiver Akteur (hat diskutiert/ abwesend) = Bereich der Linz Kultur (= Kulturförderungsverwaltung/ Kulturstadtrat)		
Kollektiver Akteur (hat kritisiert/ schweigt/abwesend) = Freie Szene (= Kritiker)		
Diskursive Konstruktion = Kürzungen		
Akteur (wird angesprochen/anwesend) = Herr Kollege Baier (= Kulturstadtrat)		
Akteur (wird angesprochen/abwesend) = Vorgänger Vizebürgermeister		

Kollektive AkteurInnen (schweigen/ potentiell anwesend) = BürgerInnen, JournalistInnen Aktant = der Antrag Diskursive Konstruktion = Vorschlag zu Linz Fest Diskursive Konstruktion = freie Mittel		„Mittel frei bekommen“ als Opportunismus, Investition der Welt des Marktes „wir ... in den kommenden Gemeinderatsitzungen“ Relation der staatsbürgerlichen Welt
Interpretative Analyse der Beziehungen: Der Finanzstadtrat spricht weiter als Experte, er erklärt seinem „Herrn Kollege“ Kulturstadtrat der Konkurrenzpartei ÖVP (eine rhetorische Aufwertung, die durch den Modus des Erklärens bzw. Gebens von Ratschlägen hierarchisch gewendet und kontrolliert wird), was er tun könnte. Auch im Lob („ein guter Vorschlag“) manifestiert sich Hochstatus. Er spricht ihn als Subjekt in der Welt des Marktes an, indem er eine Konkurrenz zu seinem Vorgänger konstruiert. Die Relation (Vorschlag) und Investition der Welt des Marktes (Opportunismus) wird jedoch argumentativ gewendet – hier darf nicht der Kulturstadtrat als selbstständiges Subjekt (der Welt des Marktes) entscheiden, sondern wieder der Gemeinderat („wir“ als kollektives Subjekt der staatsbürgerlichen Welt). Die Kritiker werden nun genannt: Es ist die „freie Szene“, der ein unbenanntes „es“ droht. Die Kritik wird vom Finanzstadtrat anhand der Prüfung durch die Darstellung der Welt der Meinung präsentiert und als Gerücht (Urteil der Meinung) umgewertet. Damit wird die Kritik nicht als Prüfung der staatsbürgerlichen Welt, sein Recht einzufordern, anerkannt.		
Akteur (spricht/anwesend) = Finanzstadtrat Kollektiver Akteur (anwesend) = Stadtregierung	<i>„Ich möchte auf eines gerade im Kulturbereich noch hinweisen, weil es so in der medialen Kritik war. Es gibt auch im Kulturentwicklungsplan eindeutige Stellen, die sagen, dass eine</i>	„weil es so in der medialen Kritik war“ Kritik als hybrides Objekt in der Welt der Meinung und der staatsbürgerlichen Welt

Kollektive AkteurInnen (schweigen/ potentiell anwesend) = BürgerInnen, JournalistInnen Aktant = der Antrag Kollektiver Akteur (schweigen/kritisieren/ abwesend) = Medien Akteur (schweigt/ anwesend) = Kulturstadtrat Aktant = Kulturentwicklungsplan Diskursive Konstruktion* = Umverteilung im Kulturbudget in Richtung freie Szene Kollektiver Akteur (schweigt/abwesend) = Freie Szene Diskursive Konstruktion = Kriterienkatalog Zeitliches Element = Vergangenheit (umgesetzt/ beschlossen)	<i>Umverteilung im Kulturbudget in Richtung der Freien Szene stattfinden soll und dass eine Art Kriterienkatalog erstellt werden soll, wie diese Kriterien bei der Vergabe im Kulturbudget zu Stande kommen und nach welchen Kriterien das vergeben wird. Das ist schon umgesetzt und beschlossen. “</i>	„es gibt im Kulturentwicklungsplan eindeutige Stellen, die sagen“ Plan als Objekt der industriellen Welt mit der Relation der Anordnung („die sagen“) „Umverteilung“ als Opportunismus de Welt des Marktes „Kriterienkatalog“ als Objekt der industriellen Welt mit der Relation des Formalisierens, Standardisierens richtet sich auf die Kontrolle einer zereemoniellen Prüfung der häuslichen Welt nach dem Prinzip der hierarchischen Anordnung („die Vergabe“ bzw. jemandem etwas „vergeben“, mit der Investition, auf Egoismus zu verzichten)
---	---	--

Interpretative Analyse der Beziehungen: Zweck dieses Arguments ist es, indirekt der Kritik der Öffentlichkeit bzw. der Teilöffentlichkeit Kulturbe-reich/Freie Szene zu begegnen. Im Gegensatz zu anderen, ebenfalls betroffenen Bereichen (etwa Sport) hat es die Kulturszene offenbar geschafft, über ihre mediale Kritik politische Aufmerksamkeit zu generieren und Teil der Auseinandersetzung zu werden. Ebenfalls indirekt gibt er damit dem Kulturstadtrat einen Auftrag, wie dieser zu verfahren habe, um als Zuständiger eine Lösung herbeizuführen. Wiederholt ist der Finanzstadtrat in der Rolle des Erklärenden der Situation und suggeriert Souveränität und geplantes Vorgehen. Dazu bezieht sich der Finanzstadtrat auf den Kulturentwicklungsplan, der als Objekt der industriellen Welt konstituiert ist und so eine normative Anweisungsfunktion bekommt. Die „Umverteilung im Kulturbudget“ unterstellt alternative Möglichkeiten des Handelns und nimmt dabei auf eine Forderung der freien Szene, die durch den Kulturentwicklungsplan über einen Beschluss des Gemeinderats normativ legitimiert ist, Bezug. Der Finanzstadtrat positioniert sich somit auf Seiten der freien Szene, d.h. der Kritikerin. Hier kann politisches Kalkül vermutet werden, da der verantwortliche Kulturstadtrat von der Konkurrenzpartei ÖVP kommt.

Der Kriterienkatalog richtet sich auf die Kontrolle einer Prüfung mit einer hierarchischen Anordnung (einer „Vergabe“). Dieser Modus der häuslichen Welt (der dem traditionellen Herrschaftstypus von Max Weber entspricht) wird durch Objekte der industriellen Welt eingeschränkt (rationale Herrschaft nach Max Weber). Bemerkenswert ist, dass der Kulturentwicklungsplan von seinem Bezug zur staatsbürgerlichen Welt (Entstehung aufgrund von öffentlichen Diskussionen, Abstimmung im Gemeinderat) entkoppelt wird. Die Prüfung aufgrund des Kriterienkatalogs mag formal richtig sein, aber ist sie auch gerecht? Hier taucht das Dilemma zwischen formaler Richtigkeit bzw. Rechtmäßigkeit und Gerechtigkeit auf. Erst der Nachsatz „beschlossen“ stellt diesen Bezug zur staatsbürgerlichen Welt wieder her. Allerdings ist der „Beschluss“ eine institutionalisierte Entscheidung, die in der Vergangenheit liegt. Der Prüfmodus ist aus der Welt des Marktes (Geschäft abschließen). Erneute demokratische Aushandlungsprozesse sollen damit (zumindest vorerst) ausgeschlossen bzw. Kritik soll abgewehrt werden.

6.2.2 Akteur Kulturstadtrat

Auf die Rede des Finanzstadtrats erfolgt eine Replik des von ihm mehrfach implizit und explizit angesprochenen Kulturstadtrats. Dieser gehört dem parteipolitischen Konkurrenten, der ÖVP an. Seine Wortmeldung ist damit als Reaktion auf die Herausforderung durch den Finanzstadtrat (SPÖ) charakterisiert.

Tabelle 10: Situations-Map Kürzungen in Linz, Wortmeldung des Kulturstadtrats (ÖVP), geordnete Arbeitsversion (Gemeinderat der Stadt Linz, 2014)

Elemente der Situation (nach Clarke)	Kommunikative Sprechhandlung	Zuordnung zu sechs Welten (nach Boltanski und Thévenot)
Akteur (spricht/ anwesend) = Kulturstadtrat	„ <i>Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich beziehe mich auf D 4 [er meint den Antrag des Finanzstadtrats zur Beauftragung der -10% Kürzung der nicht gebundenen Subventionen], was nicht weiter überraschend sein wird. Ja, es hat, und das ist richtig, in den letzten Tagen darüber eine intensivere Diskussion gegeben, wie zweckmäßig eine generelle zehnpromtente Kürzung, eine Budgetansatzkürzung über die verschiedenen Bereiche der nicht gebundenen Subventionen ist. Ich gestehe ein, dass ich eine solche Methode für nicht besonders kreativ halte, ich glaube, dass es hier andere Methoden gegeben hätte.</i> “	Die Höherstehenden und die Untergebenen als Subjekte der häuslichen Welt im Verhältnis zum Besitz als Kategorie der Welt des Marktes („Meine sehr geehrten Damen und Herren“)
Kollektiver Akteur (angesprochen/ anwesend) = Gemeinderat		
Kollektiver Akteur (anwesend) = Stadtregierung		„es hat eine intensivere Diskussion gegeben“ Prüfung der staatsbürgerlichen Welt aber ohne Nennung der Subjekte
Akteur (implizit/ anwesend) = Finanzstadtrat		„wie zweckmäßig eine generelle zehnpromtente Kürzung“ Infragestellung der Mittel als Objekte der industriellen Welt
Kollektive Akteu- rInnen (schwei- gen/potentiell an- wesend) = Bürge- rInnen, Journalis- tInnen		„ich gestehe ein“ Sub-

Aktant = der Antrag Diskursive Kon- struktion = Zehn- prozentige Kürzung Diskursive Kon- struktion = eine in- tensive Diskussion		jekt der Welt der Mei- nung (Persönlichkeit) und Investition der Welt der Meinung (Offenle- gung, Verzicht auf das Geheimnis) „dass ich eine solche Methode für nicht be- sonders kreativ halte“ Methode als Mittel der industriellen Welt ge- genüber dem Ausbruch aus dem Gewohnten als Investition der Welt der Inspiration
Interpretative Analyse der Beziehungen: Der Kulturstadtrat richtet seine Kritik nicht auf die Inhalte (Einsparungen), sondern auf die Methode (Mittel der industriellen Welt), obwohl der Beschluss des Gemeinderats zu diesem Zeitpunkt noch nicht offiziell gefasst wurde. Er als Mitglied der Stadtregierung bzw. als Repräsentant seiner Partei ist also den Kürzungen der öffentlichen Ausgaben gegenüber nicht abgeneigt. Da der Vorschlag vom politischen Konkurrenten kommt und da es in ‚seinem‘ Kulturbereich Kritik an dem Vorschlag gab, ist er offensichtlich nicht gewillt, dem Vorhaben ohne Widerrede zuzustimmen. Eine Verhinderung der Kürzungen beabsichtigt er allerdings nicht. Der Beschluss erscheint somit als bereits gefallen (und offensichtlich hat die ÖVP-Fraktion in den inoffiziellen Vorverhandlungen dem Vorhaben zugestimmt). Die Diskussion im Gemeinderat kann somit als ritualisierter Wettstreit interpretiert werden. Er spricht als persönliches Subjekt in der Welt der Meinung, während er die „Diskussion“, die vor der Abstimmung in einem anderen Rahmen als der Gemeinderatssitzung erfolgte, als Prüfung der staatsbürgerlichen Welt von ihren kollektiven Subjekten entkoppelt (Wer sind die DiskutantInnen? Sie werden nicht benannt, sie bekommen in der Rede keinen Akteursstatus). Die Forderung nach einem Ausbruch aus dem Gewohnten (und nach einer kreativen Suche nach anderen Methoden) bleibt allerdings im Konditional und retrospektiv. Eine mögliche, deliberative Alternative wäre es, vom Gemeinderat zu fordern: „Wir müssen neue, kreative, ungewohnte Methoden entwickeln und uns dann entscheiden.“		

Akteur (spricht/ anwesend) = Kulturstadtrat Kollektiver Akteur (spricht/anwesend) = wir (= Stadtregie- rung) Akteur (schweigt/ anwesend) = Gemeinderat Kollektive Akteu- rInnen (schwei- gen/potentiell an- wesend) = Bürge- rInnen, Journalis- tInnen Aktant = der Antrag Räumliches/ zeitliches Element (Projekt) = Linz Fest Räumliches Ele- ment = Klausur in Bad Zell Zeitliche Elemente = 2014 (aktuell) und 2015 (Zukunft)	<i>„Wir haben im Rahmen der Klausur in Bad Zell schon darüber diskutiert, ob man hier nicht alternativ andere Wege gehen könnte, wie beispielsweise das bereits angesprochene biennale Stattfinden des Linz Festes, das allerdings der Vollständigkeit halber erst ab 2015 über die Bühne gehen könnte, weil für 2014 die Programmierung bereits über die Bühne gegangen ist.“</i>	„Wir haben im Rahmen der Klausur in Bad Zell schon darüber disku- tiert“ Bezug zu Subjek- ten der staatsbürgerli- chen Welt (Stadtregie- rungsklausur) Suche als Beziehung der Welt der Inspiration richtet sich auf neue Methoden als Objekte der industriellen Welt
---	---	--

Interpretative Analyse der Beziehungen: Der Kulturstadtrat wechselt von der Welt der Meinung in die staatsbürgerliche Welt, indem er sich als Teil des Kollektivs („wir“, die Stadtregierung) darstellt. Eine Klausur an einem anderen Ort (Ausbruch aus dem Gewohnten) ermöglichte die kreative Suche nach

neuen Methoden. Die sofortige Umsetzung wird laut Darstellung des Kulturstadtrats allerdings durch zeitliche Elemente und Konstellationen der industriellen Welt (Organisation/Programmierung des Linz Fests) verhindert.

Akteur (spricht/ anwesend) = Kulturstadtrat	<i>„Ich sage aber auch dazu, wenn wir uns dazu entschlie- ßen - es ist richtig, dass wir hier in Gesprächen sind -, dann wäre ein allfälliger Einsparungseffekt tatsäch- lich für das Auffangen von jetzt verloren gegangenen Maßnahmen notwendig und nicht wieder unter dem As- pekt, weitere Budgeteinsa- parungen zu sehen, denn an- sonsten würden wir uns im Kern untreu werden.“</i>	Wechsel von der Welt der Meinung („ich sage dazu“) in die staatsbür- gerliche Welt („wir“) („es ist richtig, dass wir hier in Gesprächen sind“)
Kollektiver Akteur (schweigt/ anwesend) = Gemeinderat		Der kollektive Be- schluss als legitime Prü- fung der staatsbürger- lichen Welt mit Verbin- dung zur Welt des Marktes (abgeschlosse- nes Geschäft als Prü- fung)
Kollektiver Akteur (anwesend) = Stadtregierung		„Einsparungsef- fekt“, weitere Budget- einsparungen“ als Evi- denz der industriellen Welt (Messung) gekop- pelt mit der Evidenz der Welt des Marktes (Ein- sparung wird übersetzt in Geld)
Kollektive Akteu- rInnen (schweigen/ potentiell anwe- send) = BürgerIn- nen, JournalistIn- nen		„würden wir uns im Kern untreu werden“ Treue als Größe der häuslichen Welt
Aktant = der Antrag		
Diskursive Kon- struktion = Einsparungseffekt		
Diskursive Kon- struktion = „jetzt verloren gegangene Maßnahmen“		

Interpretative Analyse der Beziehungen: Der Kulturstadtrat wechselt erneut von der persönlichen Rede als Subjekt in der Welt der Meinung in ein Kollekt-

tiv als Subjekt in der staatsbürgerlichen Welt. Durch die Bezugnahme auf Objekte der industriellen Welt („verloren gegangene Maßnahmen“, „Effekte“) erscheint das Argument als technokratisch bzw. entmenslicht – dabei bezweckt er, einen Automatismus (auf Einsparungen könnten weitere Einsparungen folgen) zu verhindern. Der Appell an die Treue als moralische Tugend und Wertigkeit (Größe) der häuslichen Welt spricht die Stadtregierung dagegen wieder direkt auf einer menschlich-subjektiven Ebene an.

Kollektiver Akteur (anwesend/ schweigend) = Gemeinderat	„Und wenn die Rede davon ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass man als Referent im eigenen Bereich ohnehin die Möglichkeit zur Schwerpunktsetzung hat, dann danke ich herzlich für den Hinweis - soweit bin ich bereits in die Materie vorgedrungen, dass sich das für mich jetzt nicht ganz neu darstellt.“	„dass man als Referent im eigenen Bereich ohnehin die Möglichkeit zur Schwerpunktsetzung hat“ Subjekt der staatsbürgerlichen Welt (Referent) wird durch das implizierte Besitzen eines „eigenen Bereichs“ zum opportunistischen Investierenden in der Welt des Marktes
Kollektiver Akteur = Stadtregierung		
Akteur (anwesend/ spricht) = Kulturstadtrat		
Akteur (implizit/ wird angesprochen) = Finanzstadtrat		„danke ich herzlich für den Hinweis“ Bedanken als Beziehung der häuslichen Welt , hier ironisch gewendet an die Adresse des Finanzstadtrats
Kollektive AkteureInnen (schweigen/ potentiell anwesend) = BürgerInnen, JournalistInnen		Arbeitender („in die Materie vorgedrungen“) bzw. Experte als Subjekt der industriellen Welt
Aktant = der Antrag		

Interpretative Analyse der Beziehungen: Hier wird deutlich, dass der Kulturstadtrat versucht, eine Infragestellung seiner Expertise (die zuvor durch die Erklärungen des Finanzstadtrats erfolgt ist) abzuwehren und sich selbst als Sachverständigen auf Augenhöhe zu positionieren. Die zuvor erfolgte Abwer-

tung durch die Ratschläge des Finanzstadtrats wendet der Kulturstadtrat ironisch, um sich wieder Respekt zu verschaffen. Damit versucht er, sich in der Situation wieder als Herr der Lage (bzw. seines Bereichs) zu stabilisieren.		
Akteur (angesprochen/schweigt) = Finanzstadtrat Kollektive AkteurInnen (schweigend/anwesend) = Gemeinderat Kollektive AkteurInnen (anwesend) = Stadtregierung AkteurInnen (abwesend/schweigen) = Kinder des Finanzstadtrats Kollektive AkteurInnen (schweigen/potentiell anwesend) = BürgerInnen, JournalistInnen Aktant = der Antrag	<i>„Nachdem du aber ein Jungvater bist, möchte ich dich auf einen Gedankengang einladen. Wenn du mit deinen Kindern am Tisch sitzt und du hast bisher am Sonntag immer vier Tortenstücke verteilt und dann sind es künftig nur mehr dreieinhalb, dann musst du entweder wem etwas wegnehmen - dann kannst du dir die Reaktion vorstellen - oder du teilst die anderen Stücke auf die verbleibenden drei Personen anders auf, sodass alle vier das Gleiche kriegen. Auch da wird die Portion kleiner werden. Also vielleicht kann man daran schon erkennen, dass es nicht so einfach ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.“</i>	„du ein Jungvater bist, ...möchte ich dich einladen“ das Argument wird in Form einer beispielhaften Anekdote als Evidenz in die häusliche Welt verlagert (Paternalismus als häusliche Beziehung) Der Modus der Prüfung der häuslichen Welt, die Familienzeremonie dient dazu, auf das Dilemma zwischen gemessen richtiger Verteilung (Messverfahren als Prüfung der industriellen Welt) und gerechter Verteilung (Abstimmung als Prüfung der staatsbürgerlichen Welt) hinzuweisen
Interpretative Analyse der Beziehungen: Die Verlagerung in die häusliche Welt dient der Vereinfachung bzw. Komplexitätsreduktion, um auf ein schwieriges Dilemma hinzuweisen – jenes zwischen <i>gemessen richtiger</i> Verteilung und <i>gerechter</i> Verteilung. Die Rahmung als Anekdote und die Ansprache als Privatperson und Vater verdeutlicht, dass das moralische Problem nicht allein mit effizienten, instrumentellen Mitteln und professioneller Expertise		

gelöst werden kann. Die diskursive Konstruktion des Politikers als Familienvaters, der Kuchen verteilt, vermittelt außerdem ein paternalistisches Verständnis von Politik (das von der staatsbürgerlichen Welt kritisiert wird (Boltanski, Thévenot, 2014: S. 336-337). Der Appell richtet sich auf einen Kompromiss zwischen der Welt der Industrie (Verantwortlicher) und der häuslichen Welt (Vater) (Boltanski, Thévenot, 2014: S. 424). Die Ansprache der (kleinen) Kinder und die Verantwortung als Vater ist ein Appell an die Emotionen des Finanzstadtrats bzw. der ZuhörerInnen.

Akteur (spricht/ anwesend) = Kulturstadtrat	„Jetzt sage ich, warum das so zutreffend ist in dem Bei- spiel, was den Kulturbereich anlangt. Im Kulturbereich ist über die ganze Gruppe hin- weg eine minus Zehn- Prozent-Kürzung bei den nicht gebundenen Förderun- gen sozusagen vorgesehen. Und daher ist es schon rich- tig, dass man sagen kann, na gut, in dem einen Bereich mache ich keine Einsparung, dafür bekommt klarerweise ein anderer Bereich viel- leicht gar nichts mehr. Und das meine ich damit, dass das nicht so einfach möglich ist bzw. dass sich das viel- leicht ganz nett anhört, aber unterm Strich heißt das klar- erweise, dass es für jeman- den vielleicht dann gar nichts mehr geben wird.“	Die beispielhafte Anek- dote wird via Analogie auf die staatsbürgerli- che Welt (den Kulturbere- ich als Kollektivper- son) bezogen. Sowohl das zweckratio- nale, instrumentelle Handeln anhand eines definierten Mittels (Zehn-Prozent- Kürzung), in der in- dustriellen Welt legi- tim, als auch das oppor- tune Handeln als „Besit- zer“ eines Bereichs, in der Welt des Marktes legitim, wird in Frage gestellt, da darüber kei- ne Gerechtigkeit als mo- ralische und normative Kategorie erzeugt wer- den kann.
Kollektiver Akteur (schweigt/anwe- send) = Gemeinde- rat		
Kollektiver Akteur (anwesend) = Stadtregierung		
Kollektive Akteu- rInnen (schweigen/ potentiell anwe- send) = BürgerIn- nen, JournalistIn- nen		
Aktant = der Antrag		
Kollektiver Akteur (abwesend) = Kul- turbereich		
Diskursive Kon- struktion = Zehn- Prozent-Kürzung		

Diskursive Konstruktion = nicht gebundene Förderungen Diskursive Konstruktion menschlicher Akteure = „jemand, für den es gar nichts mehr geben wird“		
Interpretative Analyse der Beziehungen: Das eben in der häuslichen Welt geschilderte Dilemma wird nun auf den Kulturbereich, die öffentliche Sphäre, bezogen. Weder der Modus der industriellen Welt, noch der Modus der Welt des Marktes legitimieren die zu treffende Entscheidung. Das Dilemma wäre potentiell über ein Verfahren der staatsbürgerlichen Welt (eine Versammlung, einen Rat, die Einbeziehung der Betroffenen) zu lösen (Habermas, 1981). Dies wird allerdings in dem Argument nicht explizit gemacht. Die Betroffenen und ihre Perspektive werden nicht einbezogen – sie werden sowohl durch den paternalistischen Gestus, als auch durch die Opportunität des Handelns als entscheidender Referent, als auch durch die Institutionalisierung als nicht-partizipative Gemeinderatsentscheidung vom Entscheidungsverfahren ausgeschlossen. Daher kann auch die Frage nicht beantwortet werden, welches Ergebnis die Betroffenen als gerecht empfinden würden (Rawls, 1975).		
Akteur (spricht/anwesend) = Kulturstadtrat Kollektiver Akteur (schweigt/anwesend) = Gemeinderat Kollektiver Akteur (anwesend) = Stadtregierung	<i>„Ich sage auch dazu, was ich in der Konzeption dieser Einsparungen vermisst habe, dass man auf die Erhöhungen der letzten Jahre überhaupt nicht eingegangen ist. Das kritisiert die Freie Szene, und ich finde auch zu Recht, in einem offenen Brief an alle Fraktionen, glaube ich, und auch an die Medien, dass es in diesem Bereich in</i>	Kritik eines kollektiven Akteurs, der hier als hybrides Subjekt konstruiert wird („Szene“ als Schauplatz einer dramatischen Handlung der inspirierten Welt zugehörig und als soziale Gruppe der staatsbürgerlichen Welt der Kollektivpersonen, „frei“ als Investitions-

Kollektive Akteu- rInnen (schwei- gen/potentiell an- wesend) = Bürge- rInnen, Journalis- tInnen	<i>den letzten zehn Jahren überhaupt keine Erhöhungen gegeben hat und damit eine reale Kürzung. Denn wie Sie alle wissen, wird nichts billi- ger, sondern es steigen die Kosten. In den letzten zehn Jahren haben wir mit einer Teuerung von rund 23 Pro- zent zu kämpfen. Das heißt also, dieser Kuchen der För- derungen im Vergleich zu zehn Jahren ist um 23 Pro- zent weniger geworden.“</i>	modus der Welt des Marktes) „zu Recht“ normativ le- gitimierte Solidarität ei- nes in der staatsbürger- lichen Welt institutiona- lisierten Subjekts (Kul- turstadtrat) als Investiti- on „offener Brief“ der Ver- zicht auf das Geheimnis als Investition der Welt der Meinung „23 Prozent“ als Mes- sung bzw. Evidenz der industriellen Welt „haben wir ... zu kämp- fen“ Kampf und Solida- rität als Investition der staatsbürgerlichen Welt „der Kuchen der Förde- rung“ als Objekt (Lu- xus-Gegenstand) der Welt des Marktes
Aktant = der Antrag		
Kollektiver Akteur (hat kritisiert/ schweigt/abwe- send) = Freie Szene		
Aktant = offener Brief		
Diskursive Kon- struktion = Erhöhung		
Diskursive Kon- struktion: Kürzung		

Interpretative Analyse der Beziehungen: In diesem Abschnitt werden die Konflikte verdeutlicht. Die Kritiker werden benannt (die „Freie Szene“, konstruiert als hybrides Subjekt zwischen der Welt des Marktes, der inspirierten Welt und der staatsbürgerlichen Welt). Der Kulturstadtrat solidarisiert sich (ebenso wie der Finanzstadtrat) mit dieser Kritik. Der gemeinsame Kampf richtet sich somit gegen eine *unmenschliche* Quote, die die Beziehungen zwischen den Subjekten in der staatsbürgerlichen Welt beherrscht (das „Technokratentum“ als Kritik der staatsbürgerlichen Welt an der industriellen Welt

(Boltanski, Thévenot, 2014: S. 348)) und den gemeinsamen Luxus (den metaphorischen „Kuchen“ der Förderungen) verkleinert. Verschwiegen wird, dass auch riskante politische Entscheidungen in der Vergangenheit (die Spekulation mit Schweizer Franken) zur finanziellen Lage der Stadt geführt haben. Die Teuerung wird als Automatismus dargestellt – verschwiegen wird, ob die Fördersumme in den letzten zehn Jahren gleichgeblieben ist (nur so wäre das Argument rechnerisch richtig).

Akteur (spricht/ anwesend) = Kulturstadtrat Kollektive AkteurInnen (angesprochen/schweigt/ anwesend) = Gemeinderat Kollektive AkteurInnen (anwesend) = Stadtregierung Kollektive AkteurInnen (schweigen/potentiell anwesend) = BürgerInnen, JournalistInnen Aktant = der Antrag Kollektive AkteurInnen (angesprochen/teilweise anwesend/repräsentiert) = SPÖ	<i>„Dieses Argument muss man zulassen, meine sehr geehrten Damen und Herren, denn umgekehrt hat man es auch bei anderen Bereichen ins Treffen geführt - z.B. von der SPÖ, wie man darangegangen ist, die Parkgebühren zu erhöhen. [...] Und jetzt bin ich parteipolitisch gesehen völlig unverdächtig, dass ich diesen vielen, vielen Kulturinitiativen vielleicht vor einem parteipolitischen Hintergrund hier irgendwie besonders verbunden, verhaftet oder Ähnliches wäre. Da gibt es eine ganz bunte Vielfalt in diesem Bereich. Aber ich sehe einfach, welche großartige Arbeit hier geleistet wird und ich würde es sehr schade finden, wenn wir gerade diesen freien, kreativen Bereich, der von so vielen Ehrenamtlichen getragen wird, schaden könnten.“</i>	Politische Parteien als Subjekte der staatsbürgerlichen Welt und Konkurrenten in der Welt des Marktes „bin ich parteipolitisch völlig unverdächtig“ Solidarität als Investition der staatsbürgerlichen Welt, Handeln erfolgt nicht aus Eigeninteresse (Würde in der Welt des Marktes) „sehe, welche großartige Arbeit hier geleistet wird“ Anerkennung als Würde in der Welt der Meinung gekoppelt mit Arbeit als Würde der industriellen Welt „freier, kreativer Bereich“ als Investition der Welt des Marktes mit Bezug zur Welt der Inspiration „Ehrenamtliche“ als hybride Subjekte mit
--	--	--

Wirtschaftliche Elemente = Parkgebühren Kollektive AkteurInnen (schweigen/abwesend) = viele kleine Kulturinitiativen Kollektive AkteurInnen (schweigen/abwesend) = Ehrenamtliche		Bezug zur Welt der Meinung (Ehre) und zur staatsbürgerlichen Welt (Amt), als freiwillige/unbezahlte Arbeit (Verzicht als Investition, Hilfsbereitschaft) Teil der häuslichen Welt „wir ... schaden“, hybride Subjekte mit Bezug zur häuslichen Welt (die Höherstehenden und die Untergebenen) und zur industriellen Welt (als Verantwortliche)
---	--	---

Interpretative Analyse der Beziehungen: Hier werden Parteien als Subjekte der staatsbürgerlichen Welt auch als Konkurrenten auf einem Meinungsmarkt identifiziert. „Parteipolitisch unverdächtig“ zu sein impliziert aber auch eine Distanz zur Freien Szene, von der eine andere politische Ausrichtung (linksgrün) angenommen wird. Der Kulturstadtrat betont damit, dass er – wie in der staatsbürgerlichen Welt erforderlich – nicht aus Eigeninteresse (Würde des Marktes) handelt bzw. gegenüber einem Urteil der Meinung (Verdacht der Klüngelei) immun ist. Seine Solidarität erfolgt als Investition der staatsbürgerlichen Welt (Boltanski, Thévenot, 2014: S. 260). Eine Förderung der ehrenamtlichen Arbeit ist in der staatsbürgerlichen Welt und deren Lob in der Welt der Meinung legitim bzw. bedeutet eine symbolische Aufwertung und gesellschaftliche Anerkennung von freiwilliger, unbezahlter Arbeit, die Teil der häuslichen Welt (Verzicht, Dienstbarkeit, Hilfsbereitschaft) ist. Der „freie, kreative Bereich“ wird in der Welt der Inspiration („kreativ“) in der Welt des Marktes („frei“) und der Industrie (Arbeitsbereich) verortet. Hier wird ein Konflikt deutlich: die Kulturförderung zielt auf einen Kompromiss zwischen der industriellen Welt (Förderung als Investition/Relation der industriellen Welt) mit der staatsbürgerlichen Welt (Verzicht auf Partikularinteressen, das Kollektiv) und der häuslichen Welt (Kultur als Tradition und Brauch). Die Verortung des „freien, kreativen Bereich(s), der von so vielen Ehrenamtlichen getragen wird“, ist somit unspezifisch: Sind mit den AkteurInnen der Freien

Szene Subjekte der Welt der Inspiration (schöpferisch Tätige?) oder der Welt des Marktes (Freie, Konkurrenten?) oder der staatsbürgerlichen Welt und der Welt der Meinung (Ehrenamtliche) gemeint? Die Förderung eines Ehrenamts bedeutet lediglich die gesellschaftliche Anerkennung freiwilliger Arbeit und nicht eine ‚ordentlicher‘ Arbeit (industrielle Welt) angemessene Entlohnung. Mit der Benennung als „Bereich“ wird kein Subjektstatus zuerkannt, sondern ein Objekt der industriellen Welt kategorisiert. Um als Verhandlungspartner (im Sinne von Governance) anerkannt zu werden, müsste der „Bereich“ jedoch in einen Akteurs- bzw. Subjektstatus in der staatsbürgerlichen Welt (z.B. als Dachverband, Verein, Rat) oder der Welt des Marktes (KundInnen, VerkäufereInnen) übersetzt werden.

Akteur (spricht/anwesend) = Kulturstadtrat	<i>„Jetzt muss man abschließend noch eines sagen: Du hast gesagt, der Zwei-Jahres-Förderungsbereich ist ausgenommen und die Institutionen sind auch ausgenommen. Aber ist es dann nicht so, dass gerade jene Bereiche, die sich ohnehin auf keine Planungssicherheit verlassen können, die ohnehin sozusagen nicht in einem institutionellen Bereich sind - bei den Sportvereinen übrigens auch, die z.B. vielleicht keinen Dachverbänden angehören oder die innerhalb der Dachverbände vielleicht nicht so viel bekommen -, dass genau die diese Förderungen besonders nötig brauchen würden.“</i>	„Zwei-Jahres-Förderungsbereich und die Institutionen“, Kompromisse zwischen der industriellen Welt und der staatsbürgerlichen Welt als stabile Arrangements
Akteur (wird angesprochen/anwesend) = Finanzstadtrat		
Kollektiver Akteur (anwesend) = Stadregierung		demgegenüber „jene Bereiche, die sich ohnehin auf keine Planungssicherheit verlassen“; Instabilität, da kein Kompromiss zwischen der industriellen Welt und der staatsbürgerlichen Welt erzeugt wird (Planungssicherheit (Boltanski, Thévenot, 2014: S. 442)) und auch die hierarchische Unterordnung unter Routinen (sich verlassen können) als Kompromiss der industriellen Welt mit der häuslichen
Kollektive AkteurInnen (schweigen/potentiell anwesend) = BürgerInnen, JournalistInnen		
Aktant = der Antrag		
Kollektive Akteure (werden angesprochen/abwesend) = Institutionen		

Kollektive Akteure (werden angesprochen/abwesend) = Sportvereine Kollektive Akteure (werden angesprochen/abwesend) = Dachverbände Diskursive Konstruktion = Förderungen		Welt nicht greift „Dachverbände“ als hybride Subjekte der staatsbürgerlichen Welt und der Welt des Marktes
Interpretative Analyse der Beziehungen: In diesem Abschnitt wird ein Konkurrenzverhältnis bzw. eine Ungleichheit zwischen stabilen Arrangements bzw. Kompromissen zwischen der industriellen und staatsbürgerlichen Welt und instabilen Objekten hergestellt. Ein neuer kollektiver Akteur wird eingeführt, die „Dachverbände“ aus dem Sportbereich, als hybride Subjekte bzw. intermediäre Arrangements. Die Kollektivierung dient dazu, die politische Einflussnahme zu vergrößern und schafft einen internen Markt, auf dem die Dachverbände selbst darüber entscheiden, wie sie die Subventionen weiter verteilen. Im Gegensatz zur Freien Kulturszene äußerten die Sportvereine offenbar keine öffentliche Kritik an der anstehenden Kürzungsentscheidung. Sie scheinen daher im Gegensatz zur Freien Kulturszene weniger öffentlich politisch zu agieren (potentiell verfügen Sportvereine über andere Zugänge zur lokalen Politik, etwa über Vereinsvorstände).		
Akteur (spricht/ anwesend) = Kulturstadtrat Kollektiver Akteur = wir (= Stadtregierung) Kollektive AkteurInnen (schweigen/ potentiell anwe-	[Auslassung von zwei Absätzen, da redundant] „<i>Ich bin sehr bemüht, diese Diskussion sachlich ablaufen zu lassen, bemühe mich auch, Alternativvorschläge zu bringen, weil wir uns zum Konsolidierungsweg bekennen. Sparen ja, aber mit mehr Kreativität, vielleicht auch mit einer höheren Be-</i>	„ich bin sehr bemüht“ Dienstbarkeit als Investition der häuslichen Welt „diese Diskussion sachlich ablaufen zu lassen“ Kompromiss zwischen der staatsbürgerlichen Welt (Diskussion als Prüfung) und der in-

send) = BürgerInnen, JournalistInnen Aktant = der Antrag	<i>weglichkeit in der Frage, damit man die, die es besonders dringend brauchen, nicht in Gefahr bringt. “</i> (Beifall ÖVP)	dustriellen Welt (sachlich) „Alternativvorschläge“ ... „mit mehr Kreativität“ der Ausbruch aus dem Gewohnten als Investition der Welt der Inspiration „wir uns zum Konsolidierungsweg bekennen“ Bekenntnis als Offenbarung der Welt der Meinung, vermittelt einen (Glaubens-)Grundsatz „die, die es besonders dringend brauchen, nicht in Gefahr bringen“ Fürsorge als Größenverhältnis der häuslichen Welt
Interpretative Analyse der Beziehungen: Erneut werden nicht die Ziele (Sparen), sondern die Methoden kritisiert. Kreativität wird eingefordert, aber nicht geliefert. Die Diskussion soll „sachlich“ geführt werden – allerdings appelliert der Kulturstadtrat über Kategorien der häuslichen Welt (Fürsorge) an Schutz und Erhalt als ein konservatives Framing, das seiner Partei entspricht. Erneut wird durch die Rahmung in Kategorien der häuslichen Welt und den paternalistischen Gestus eine Hierarchie bekräftigt, die auch noch ökonomisch begründet wird (Bedürftigkeit). Damit werden die EmpfängerInnen der Subventionen nicht als Partner der Kulturpolitik wahrgenommen, mit denen gemeinsam auf deliberativem Weg nach Lösungen gesucht werden könnte, sondern als Hilfeempfänger. Das Bekenntnis zum Konsolidierungsweg verweist auf die Grundposition der ÖVP, die nicht in Frage gestellt wird. Es wird nicht in Betracht gezogen, die KritikerInnen der Entscheidung in die Suche nach alternativen Lösungen einzubeziehen.		

6.2.3 Akteur Stadtkulturbeirat

Wie bereits erwähnt setzte sich der Stadtkulturbeirat im Analysezeitraum aus 24 Mitgliedern zusammen und hatte sich erst im Jänner 2014 neu konstituiert. Als kulturpolitischer Beirat besteht er jedoch schon seit 2001. Die Akteursperspektive des Stadtkulturbeirats wird – im Unterschied zu den zuvor analysierten kommunikativen Handlungen des Kulturstadtrats und des Finanzstadtrats – aus unterschiedlichen Datenmaterialien und Perspektiven rekonstruiert. Dazu zählen ein Interview mit einem Mitglied des Gemeinderats und Kulturausschusses (Kürzel POLI) und ein Interview mit einem/einer MitarbeiterIn der Verwaltung (Kürzel VERLI), in denen auf die Rolle des Stadtkulturbeirats in der interessierenden Situation – die Verhandlungen um die zehnprozentigen Kürzungen der nicht gebundenen Subventionen – explizit Bezug genommen wurde. Hier ist auch die Forscherin als Interviewerin unmittelbar Teil bzw. Verursacherin der Situation (Clarke, 2012: S. 60) und damit Teil der Analyse.

Zusätzlich wird ein offener Brief des Stadtkulturbeirats, in dem der Protest gegen die geplanten Kürzungen formuliert wird, als Datenmaterial für die Analyse herangezogen. Der einer appellativen Rhetorik und Handlungsorientierung folgende Brief wurde vom Vorsitzenden und Sprecher des Stadtkulturbeirats mitverfasst.

Tabelle 11: Situations-Map Kürzungen in Linz, Stadtkulturbeirat, geordnete Arbeitsversion (verschiedene Quellen, siehe Tabelle)

Elemente der Situation (nach Clarke)	Kommunikative Sprechhandlung	Zuordnung zu sechs Welten (nach Boltanski und Thévenot)
Datengenerierung: Interview der Forscherin (AS) mit einem Mitglied des Gemeinderats und Kulturausschusses (POLI), geführt an dessen Arbeitsplatz (Auszug), Linz, 28.07.2015		
Akteurin (spricht/anwesend) = Forscherin/ Interviewerin (AS)	<i>AS: Glauben Sie, dass die Funktion vom Stadtkulturbeirat allen im Gemeinderat klar ist, was der zu tun hat, was die Aufgaben sind?</i>	AS: „Funktion ... was der zu tun hat, was die Aufgaben sind“? Leistungsfähigkeit und Mittel der industriellen Welt
AkteurIn (wird interviewt/spricht/	<i>POLI: Ich glaube, dass die Definition oder wie er ver-</i>	

anwesend) = Mitglied des Gemeinderats und Kulturausschusses (POLI)	<i>standen wird, für alle ziemlich gleich ist, es gibt nur unterschiedliche Zufriedenheitsgrade, wie die Zuständigkeit gesehen wird. Mir persönlich wäre es ein Anliegen, dass die Einbindung schon viel früher passiert und dass auch mehr Initiativrecht beim Stadtkulturbeirat liegt, dass es weniger diese laufende Beratung ist, sondern dass es auch schon im Vorfeld von Projekten eine viel intensivere Zusammenarbeit gibt.</i>	POLI: „Definition ... für alle ziemlich gleich ist, es gibt nur unterschiedliche Zufriedenheitsgrade“ Definition als Mittel der industriellen Welt (es gibt einen Interpretationsspielraum hinsichtlich der Erfüllung der Aufgaben)
Kollektiver Akteur (wird erwähnt/abwesend) = Stadtkulturbeirat	<i>AS: Gibt es konkrete Kritik daran, wie es jetzt gehandhabt wird?</i>	„mir persönlich wäre es ein Anliegen“ sich persönlich bekennen, Offenbarung und Übersetzung in die staatsbürgerliche Welt (aus einem Bündnis heraustreten, dem gegenüber man verpflichtet ist (Partei, Gemeinderat), das aber nicht immer dem Gemeinwohl verpflichtet ist (Boltanski, Thévenot, 2014: S. 339-340)
Kollektiver Akteur (wird erwähnt/abwesend) = Gemeinderat	<i>POLI: Die Einbindung des Stadtkulturbeirates kommt bei konkreten Anliegen viel zu spät, oftmals auch nur durch Initiative des Beirats selbst. Während so grundsätzliche Empfehlungen vom Stadtkulturbeirat selbst auf eigene Initiative hin formuliert werden können, so kommt es aber bei kritischen und schwierigen Auseinandersetzungen viel zu spät zu einer Einbindung und oftmals wie gesagt nur durch Initiative vom Beirat selbst. Da hat der Beirat wiederum nur „beratende“ Funktion.</i>	Vertretungsgewalt als MandatsträgerIn (staatsbürgerliche Welt) autorisiert dazu, für die anderen (den Stadtkulturbeirat) zu sprechen (Boltanski, Thévenot, 2014: S. 261)
Diskursive Konstruktionen = Modus der Zusammenarbeit (Einbindung, Initiativrecht, laufende Beratung, viel intensivere Zusammenarbeit im Vorfeld von Projekten)	<i>AS: Da war jetzt, glaube ich, jüngst der Konflikt um die Kürzungen der Ermessens-</i>	Einbindung als hybrides Arrangement zwischen
Zeitliches Element = im Vorfeld von Projekten		
Diskursive Konstruktion von Aktanten = Konflikt um Kürzungen bei den Ermessensausgaben		
Aktant = Protestbrief		

Zeitliches Element = im Nachhinein Diskursive Konstruktion = Modi der Auseinandersetzung (Konflikt, Diskussion, Protest) Kollektiver Akteur (schweigt/abwesend) = Kulturausschuss Aktant = finanzpolitische Ebene	<i>ausgaben, wo sie auch mit Protestbriefen im Nachhinein nochmal versucht haben, Position zu beziehen?</i> <i>POLI: Genau. Überhaupt diese Diskussion um die 10%-Kürzung bei den Ermessensausgaben im Kulturbereich war eine, womit der Kulturausschuss selbst nicht befasst worden wäre, sondern das ist rein auf finanzpolitischer Ebene gelaufen und der Stadtkulturbeirat hat dann nur die Möglichkeit gehabt, sich mit einem offenen Brief zu Wort zu melden.</i> <i>AS: Das heißt, das war auch abseits vom Kulturausschuss?</i> <i>POLI: Ich habe es dann dort schon thematisiert, aber der Kulturausschuss hat keine Kompetenz mehr gehabt, einzugreifen.</i>	der häuslichen Welt und der staatsbürgerlichen Welt (Herrschaftsverhältnisse, die Einbindung Außenstehender muss durch hierarchisch Höherstehende erfolgen, Kritik von außen wird tendenziell abgewehrt) „beratende Funktion“ Funktion als Relation der industriellen Welt, nicht vollständig in die staatsbürgerliche Welt (Prüfung durch Rat) integriert (<i>be-ratend, Bei-ratend</i>) „Diskussion um die 10%-Kürzung ... war eine, womit der Kulturausschuss selbst nicht befasst worden wäre ... rein auf finanzpolitischer Ebene gelaufen“ Spaltung des Kollektivs Stadtregierung/Gemeinderat) als Niedergang der staatsbürgerlichen Welt (Isolation, Individualismus) (Boltanski, Thévenot, 2014: S. 264) „Stadtkulturbeirat ... nur die Möglichkeit gehabt, sich mit einem offenen
---	--	--

		Brief zu Wort zu melden“ Kritik, die von der staatsbürgerlichen Welt ausgeht als Versuch, die Isolation (Autoritarismus der Finanzpolitik) (Boltanski, Thévenot, 2014: S. 338) zu überwinden Modus der Kritik als Arrangement zwischen der staatsbürgerlichen Welt und der Welt der Meinung (Einflussnahme und Offenbarung) „keine Kompetenz mehr gehabt, einzugreifen“ Verlagerung in die industrielle Welt, Akzeptanz der Autorität Finanzpolitik wird durch Verlust der Kompetenz und die Effizienz bzw. den suggerierten Automatismus der Vorgänge (finanzpolitische Ebene, kein handelndes Subjekt) legitimiert, Kompetenz bezieht sich hier auch auf die interne Ordnung der staatsbürgerlichen Welt
Interpretative Analyse der Beziehungen: Das interviewte Mitglied des Gemeinderats und Kulturausschusses stellt zunächst dar, dass die Beziehung zwischen Stadtkulturbeirat und Gemeinderat im Hinblick auf die Intensität der		

Zusammenarbeit umstritten ist. Offenbar gibt es seitens des Gemeinderats Widerstand, den Stadtkulturbeirat stärker und früher in Beratungsprozesse zu involvieren. Eine Zusammenarbeit impliziert einen gemeinsamen deliberativen Prozess.

Das Dilemma wird deutlich: Einerseits wäre dem Gemeinwohl potentiell eine stärkere Einbindung von kompetenten BeraterInnen zuträglich, andererseits sind die MandatsträgerInnen qua Amt demokratisch legitimiert, Entscheidungen für die Stadt zu treffen. Die Aufwertung eines Gremiums wie des Stadtkulturbeirats durch eine intensivere Zusammenarbeit schafft potentiell eine weitere Konkurrenz (immerhin zeichnet sich das Gremium durch eine kritische Haltung aus), die etwa von politischen GegnerInnen instrumentalisiert werden könnte. Auch das Arrangement des Gemeinderats ist innerhalb seiner Institutionalisierung instabil, sowohl durch parteipolitische Differenzen, als auch durch die unterschiedliche Gewichtung einzelner Politikbereiche (hier die Finanzpolitik gegenüber der Kulturpolitik). Die Einbindung weiterer AkteurInnen (Stadtkulturbeirat) wird eher als Gefahr einer weiteren Destabilisierung (inhaltliche Kritik an der geplanten Entscheidung) gesehen denn als Möglichkeit, andere Lösungen zu finden (Beratung bzw. Deliberation) und daher abgewehrt. Die Instabilität der Beziehung zwischen den AkteurInnen der staatsbürgerlichen Welt, das Scheitern einer kollektiven Entscheidungsfindung, wird durch eine Verlagerung in die industrielle Welt (keine Kompetenz der AkteurInnen, Automatismus durch Verlauf auf einer finanzpolitischen Ebene) gerechtfertigt.

Datengenerierung: Interview der Forscherin (AS) mit einem/einer MitarbeiterIn des Büro Linz Kultur (Kulturverwaltung) (VERLI), geführt in dessen/deren Privathaus (Auszug), 13.04.2015

Akteurin (spricht/anwesend) = Forscherin/ Interviewerin (AS)	<i>VERLI: „Und dann gibt's dann natürlich auch Klagen wie von einem Stadtkulturbeirat, warum sie da nicht eingebunden werden oder warum sie da in die Diskussion geben. Nur ja, das wird halt auf politischer Ebene ausverhandelt oder auch entschieden, aufgrund von finanziellen Notwendigkeiten oder</i>	„Klagen“ hier als moralische Kritik, Beziehung der häuslichen Welt , „nicht eingebunden werden“ als passive Beziehung der häuslichen Welt „nun ja, das wird halt auf politischer Ebene ausverhandelt oder auch
---	---	---

Kollektiver Akteur (wird erwähnt/abwesend) = Stadtkulturbeirat Diskursive Konstruktionen = Modi der Zusammenarbeit (Einbindung, Diskussion) Diskursive Konstruktion = Verhandlung auf politischer Ebene Diskursive Konstruktion = Entscheidung aufgrund von finanziellen/budgetären Notwendigkeiten Aktant = Kulturentwicklungsplan Zeitliche Elemente = Kurzfristige Prozesse, über drei Jahre angelegter Kulturentwicklungsplan, Zeitpunkte der Einbindung, schnelles Rennen Diskursive Konstruktion = sehr re-	<i>budgetären und dann dann kommt es zu dem. Also es ist natürlich immer wieder gerade am Beispiel vom Stadtkulturbeirat nicht leicht an politischen Prozessen, die kurzfristiger sind [mitzuwirken], die nicht beispielsweise wie ein Kulturentwicklungsplan über drei Jahre angelegt sind, irgendwo im Vorfeld ein klar festgelegtes Konzept und Design gibt nach dem man sich dann halten kann, wo jeder seinen Zeitpunkt der Einbindung kennt und wo es transparent ist. Ja es rennen halt oft sehr relevante politische Entscheidungsprozesse und die rennen dann halt schnell.“</i>	entschieden“ Akzeptanz des Formalismus als Methode der industriellen Welt „aufgrund von finanziellen Notwendigkeiten“ Entpersonalisierung und ursächliche Verlagerung in die Anforderungen eines Systems bzw. die rigide Konstellation der industriellen Welt „politische Prozesse ... kurzfristiger ... es rennen halt oft sehr relevante Entscheidungsprozesse und die rennen dann halt schnell“ Effizienz eines Systems (Konstellation der industriellen Welt), Beschleunigung erscheint als unkontrollierbarer Automatismus (obwohl bemerkt wird, dass die Entscheidungen sehr relevant sind, wird ein menschliches, überlegtes, verlangsames Vorgehen nicht eingefordert bzw. erscheint gegenüber dem rennenden System als unmöglich Vergleich: „wie ein Kulturentwicklungsplan über drei Jahre angelegt
--	--	---

levante Entschei- dungsprozesse		... klar festgelegtes Konzept und Design ... nach dem man sich hal- ten kann ... wo jeder seinen Zeitpunkt der Einbindung kennt ... transparent“ ebenfalls ein Objekt bzw. eine Methode der industriel- len Welt (Plan), aber hier ist die Durchfüh- rung kontrolliert (klar festgelegt), strukturiert. Dadurch ist ein mensch- liches Eingreifen in die Planung für alle Betei- ligten gleichermaßen voraussehbar und mög- lich (Kompromiss mit der staatsbürgerlichen Welt)
Interpretative Analyse der Beziehungen: Die/der MitarbeiterIn der Verwal- tung bleibt hier sowohl auf Distanz zu „einem Stadtkulturbeirat“ als auch zur „politischen Ebene“. Die Person berichtet aus der Beobachterperspektive. Aufgrund ihrer Position in der Verwaltung ist sie rechtlich (aufgrund der Wei- sungsgebundenheit) nicht befugt, Stellung zu beziehen bzw. sich einzumi- schen. Entscheidungsprozesse werden als formalisierte, rigide, stark beschleu- nigte Verfahren eines bürokratischen Systems dargestellt. Das suggeriert, dass sie vom Menschen quasi unkontrollierbar sind und ein Eingreifen somit kaum möglich sei. Der Verweis darauf, dass es „sehr relevante“ politische Entschei- dungen sind, verdeutlicht jedoch, dass die Beschleunigung nicht systemimma- nent ist, sondern Ausdruck einer bewussten Strategie – die Beschleunigung wird erzeugt, um politische Ziele durchzusetzen und dabei ein Eingreifen von außen (die potentielle Wirksamkeit kritischer Stellungnahmen) zu verhindern. Der Vergleich mit dem Kulturentwicklungsplan als geplantem, strukturiertem, zeitlich gedehnterem und damit für die Beteiligten faireren Verfahren verdeut- licht, wie ein Kompromiss-Arrangement zwischen der industriellen Welt und der staatsbürgerlichen Welt als geplante Aushandlung hergestellt werden kann.		

Hier zeigt sich implizit, dass der/die InterviewpartnerIn ein solches Verfahren bevorzugt, aber zugleich die Verfahrensbedingungen auf politischer Ebene akzeptiert bzw. hier keine Änderung erwartet.		
Akteurin (spricht/anwesend) = Forscherin/ Interviewerin (AS)	<i>AS: Habt ihr da als Verwaltung fast so eine Vermittlerfunktion zwischen der Politik und der Szene?</i> <i>VERLI: Ja, klar versuchen wir dann wir werden natürlich informell angesprochen, weil man dann unterwegs ist und dann das auch gefragt wird, weil es einfach eine Diskussion ist. Oder auch formal mit offenen Briefen, die dann an die Politik gehen, die dann wir kriegen, wo wir dann offizielle Stellungnahmen schreiben. Und im Stadtkulturbeirat sind ja auch die Gemeinderatsfraktionen vertreten, die Mitglieder des Kulturausschusses können an diesen Sitzungen teilnehmen und dann hat der Stadtkulturbeirat die Möglichkeit genutzt und hat dort diese Mitglieder befragt, wie sie zu diesen 10%-Kürzungen stehen. Das hat ziemliche Diskussionen ausgelöst und von jenen, die es nicht bei der Sitzung geliefert haben, haben sie es dann schriftlich eingefordert. Es hat dann sich aber auch der Referent bei einer öffentlichen Diskussion der Szene gestellt und dann ist</i>	AS: „Vermittlerfunktion“ als Arrangement zwischen der staatsbürgerlichen Welt (Austausch von Informationen mit der Absicht, Ausgleich und Gemeinsamkeit zu schaffen (Boltanski, Thévenot, 2014: S. 262)) und der neutralen, unparteiischen Funktion als Methode der industriellen Welt VERLI: „Unterwegs“ sein als Ausbruch aus der Rigidität des formalisierten Systems der staatlichen/öffentlichen Verwaltung (industrielle Welt) ermöglicht ungezwungene, persönliche, menschliche Begegnungen (Würde der häuslichen Welt (Boltanski, Thévenot, 2014: S. 232)) „Briefe, die dann an die Politik gehen, die dann wir kriegen, wo wir dann offizielle Stellungnahmen schreiben“ Weitergabe von Aufga-
AkteurIn (wird interviewt/spricht/anwesend) = MitarbeiterIn der Kulturverwaltung		
Diskursive Konstruktion = Vermittlungsfunktion		
Kollektive AkteurInnen (schweigend/abwesend) = PolitikerInnen		
Kollektive Akteure (schweigend/abwesend) = Szene Diskursive Konstruktionen = Modi der Kommunikation (informell angesprochen werden, gefragt werden, Briefe bekommen, Stellungnahmen schreiben)		
Kollektiver Akteur (schweigend/		

abwesend) = Stadtkulturbeirat Kollektive Akteure (schweigend/abwesend) = Gemeinderatsfraktionen Kollektive AkteurInnen (schweigend/abwesend) = Mitglieder des Kulturausschusses Akteur: Referent Diskursive Konstruktion = 10 % Kürzung Diskursive Konstruktion = Modi der Aushandlung (öffentliche Diskussion, Sitzung)	<i>das einfach auch zum Thema gemacht worden. Wo einfach eine Fördertätigkeit hinterfragt worden ist. Warum Gelder an diese Institutionen laufen und warum beispielsweise die Fördersummen nie erhöht werden, was natürlich einer momentan ständigen Verteuerung de facto immer weniger wird, weil die Fördersummen seit Jahren...“</i>	ben an Untergebene als Arbeitshierarchie, Kompromiss zwischen der häuslichen Welt und der industriellen Welt „offizielle Stellungnahmen schreiben“ hybrides Arrangement zwischen der staatsbürgerlichen Welt und der Welt der Meinung „Mitglieder ... können teilnehmen ... Mitglieder ... befragt ... Diskussionen ausgelöst nicht bei der Sitzung geliefert ... schriftlich eingefordert ... bei einer öffentlichen Diskussion gestellt“ Subjekte, Beziehungen, Modi und Prüfungen der staatsbürgerlichen Welt „Fördertätigkeit hinterfragt worden ist. Warum Gelder an diese Institutionen laufen, und warum beispielsweise die Fördersummen nie erhöht werden“ Kritik der staatsbürgerlichen Welt am System (Konstellation der industriellen Welt), Ursachen und Gründe für ein als
--	--	---

		Formalisierung und Automatismus konstruiertes Handeln werden eingefordert – der Automatismus des Systems wird in Frage gestellt Verantwortliche Autoritäten, hybride Subjekte der staatsbürgerlichen und der häuslichen Welt (der Referent, der Kulturausschuss) werden kritisch angesprochen
Interpretative Analyse der Beziehungen: Weiterhin aus der Beobachterperspektive wird nun geschildert, wie über die Vermittlung einer dem Gemeinwohl verpflichteten Instanz (Verwaltung), die nicht ins unmittelbare politische Geschehen eingreifen darf und gegenüber den Weisungen der politisch Zuständigen gebunden ist, auf informellen Wegen ein Informationsausgleich zwischen den von einer Entscheidung Betroffenen (Freie Szene, Stadtkulturbeirat) und den EntscheiderInnen (Politik) hergestellt werden kann. Zusätzliche Kanäle des Informationsaustauschs sind in den Strukturen (gegenseitige Teilnahme bzw. Vertretung in den Gremien) angelegt. Dadurch wird die geplante Entscheidung öffentlich und damit durch Subjekte, Beziehungen und Prüfungen der staatsbürgerlichen Welt kritisierbar. Das kritische Hinterfragen richtet sich gegen die Konstruktion eines Systems, das durch seine Rigidität und Automatik scheinbar keinen Spielraum für Verhandlungen zulässt. Durch die Kritik (warum?) und die Konfrontation der verantwortlichen Autoritäten wird das System auf seine Ursachen hin (vorgelagerte, institutionalisierte, von Menschen getroffene Entscheidungen) untersucht. Damit wird der Raum für Veränderung durch alternative Handlungsmöglichkeiten geöffnet.		
Datengenerierung: Offener Brief des Stadtkulturbeirats (Auszug), 06.04.2014 (Diesenreiter, Stadtkulturbeirat Linz, 2014)		
AkteurInnen (werden	<i>Sehr geehrter Herr</i>	„laut Medienberichten“

adressiert) = Bürgermeister, StadträtInnen, GemeinderätInnen	<i>Bürgermeister, sehr geehrte StadträtInnen, sehr geehrte GemeinderätInnen,</i>	- Offenbarung in der Welt der Meinung , Öffentlichkeit wurde erzeugt
Akteur (spricht) = Sprecher des Stadtkulturbeirats (= Mitverfasser des Briefs)	<i>laut Medienberichten wird als Teil des Sparkurses der Stadt Linz eine Kürzung der freiwilligen Ermessensausgaben von 10% erwogen. Wie sie sicher wissen, betrifft diese Kürzung besonders den Kulturbereich und darin fast ausschließlich die freie Szene, die im Schnitt 75-80% der freiwilligen Subventionen erhält. Für 2014 ist damit eine Kürzung von 90.000 € angekündigt, 2015 ist zu befürchten, dass der Betrag auf bis zu 200.000 € steigen wird.</i>	„als Teil des Sparkurses ... eine Kürzung ... erwogen“ Benennung der intendierten Maßnahme als Objekt der industriellen Welt
Diskursives Konstrukt = Sparkurs der Stadt Linz		„wie sie sicher wissen, betrifft diese Kürzung besonders den Kulturbereich ... fast ausschließlich die freie Szene“ Benennung der Betroffenen Bereiche (nicht kollektive oder individuelle Personen), Objekte der industriellen Welt
Diskursives Konstrukt = Kürzung der freiwilligen Ermessensausgaben		
Kollektiver Akteur = Freie Szene		„ist zu befürchten ... es ist kaum auszudenken“ emotionale Dramatisierung mit der Absicht der Beeinflussung (Beziehung der Welt der Meinung , Gerücht als Urteil der Meinung)
Zeitliche Elemente = unmittelbare Zukunft 2014, 2015	<i>Es ist kaum auszudenken, welche Konsequenzen dieser Schritt auf das kulturelle Leben unserer Stadt haben wird. Viele Vereine sind schon heute am Rand des finanziellen Ruins, die meisten Initiativen werden durch Selbstausbeutung, Ehrenamt und unter höchst prekären Arbeitsumständen erhalten. Die 3-Jahres-Basisförderungen wurden beispielsweise seit mehr als 10 Jahren nicht</i>	„welche Konsequenzen dieser Schritt auf das kulturelle Leben unserer Stadt haben wird“ Folgen der Entscheidung für die Stadt als hybridi-

	<i>mehr erhöht, was einer Inflations- Entwertung von mehr als einem Viertel entspricht. Eine weitere Kürzung von 10% werden viele Organisationen, aber auch viele engagierte Menschen in der freien Kunst- und Kulturszene nicht mehr verkraften.</i>	des Arrangement (gemeinsame staatsbürgerliche Welt und gemeinsame häusliche (Lebens-)Welt) „Ruin ... Selbstausbeutung ... Ehrenamt ... höchst prekäre Arbeitsumstände“ umfassende Instabilität der Vereine und Initiativen in Kategorien der Welt des Marktes (Ruin) und der industriellen Welt (Selbstausbeutung, prekäre Arbeitsumstände) Wechsel in sachliche Kategorien der industriellen Welt „eine weitere Kürzung ... viele Organisationen, aber auch viele engagierte Menschen ... nicht mehr verkraften“ Erneute rhetorische Dramatisierung, weiterhin in Kategorien der industriellen Welt (Organisation, Kraft), engagierte Menschen als Subjekte der staatsbürgerlichen Welt, die in das Gemeinwohl investieren
--	--	--

Interpretative Analyse der Beziehungen: Im offenen Brief wird die Solidarität des Stadtkulturbeirats mit den von den Kürzungen potentiell Betroffenen deutlich. Der Brief hat Appelcharakter, d.h. er ist insgesamt in der Welt der Meinung und der staatsbürgerlichen Welt verortet und wechselt zwischen Sach-Argumenten (Kategorien der Welt der Industrie) und emotionaler Dramatisierung, die durch die zeitliche Vorausschau prophezeiend unterstrichen wird. Die Position der Vereine und Initiativen wird als finanziell höchst prekär beschrieben. Der Verweis auf die Selbstausbeutung suggeriert, dass diese AkteurInnen sogar vor sich selbst geschützt werden müssen. Dennoch engagieren sie sich für das Gemeinwohl („Ehrenamt“), ohne eigennützig an ihr Überleben zu denken. Die AkteurInnen werden gelobt, um so zu unterstreichen, dass sie eine Unterstützung moralisch und aus Gemeinwohlerwägungen verdienen. Diese unterstützenswerten Subjekte verdienen Hilfe von Höherstehenden und Solidarität von anderen (den angesprochenen politischen AkteurInnen), um weiter tätig sein zu können. Von der Kürzung sind sowohl engagierte Menschen (Subjekte der staatsbürgerlichen Welt) als auch Organisationen (Konsellation der industriellen Welt) in ihrer Existenz bedroht. Die Kürzung (dabei geht es um 10 %) ist weniger real existenzbedrohend als demoralisierend: Sie droht, den Vereinen und Initiativen die Motivation als Kompromiss zwischen der staatsbürgerlichen Welt und der industriellen Welt (Boltanski, Thévenot, 2014: S. 437) zu rauben.

Akteur (spricht) = Sprecher des Stadtkulturbeirats (= Mitverfasser des Briefs) Aktant = Kulturentwicklungsplan Diskursive Konstruktion = langer zivilgesellschaftlicher Beteiligungsprozess mit breiter politischer Unterstützung Kollektiver Akteur (schweigt/abwesend) = Gemeinderat	<i>„Dieses Vorhaben steht damit im krassen Widerspruch zum neuen Kulturentwicklungsplan, der Anfang 2013 nach einem langen zivilgesellschaftlichen Beteiligungsprozess und mit breiter, politischer Unterstützung im Gemeinderat beschlossen wurde. Im Kapitel „Potentiale Fördern“ wurde als zentrale Maßnahme verankert, die finanzielle Ausstattung der freien Szene schrittweise zu erhöhen. Dass der erste Schritt nun in die</i>	„krasser Widerspruch“ Prüfung der staatsbürgerlichen Welt (Streit, Recht einfordern) „zivilgesellschaftlicher Beteiligungsprozess“ als Arrangement der staatsbürgerlichen Welt (Teilhabe (Boltanski, Thévenot, 2014: S. 256) mit der industriellen Welt (Prozess als Mittel (Boltanski, Thévenot, 2014: S. 280)) „mit breiter Unterstüt-
---	---	--

Diskursive Konstruktion = Zentrale Maßnahme Erhöhung der finanziellen Ausstattung	<i>genau falsche Richtung geht, ist absurd und kann nicht hingenommen werden. “</i>	zung im Gemeinderat beschlossen“ Konstellation (demokratisch), Prüfung (Rat) und Verdikt (Abstimmung) als Kategorien der staatsbürgerlichen Welt „zentrale Maßnahme ... schrittweise zu erhöhen“ Objekte (Maßnahmen) und Investition (Fortschritt) der industriellen Welt „absurd ... kann nicht hingenommen werden“ Widersinnig bzw. entgegen jeder Logik, ruft Widerspruch hervor, Kritik der staatsbürgerlichen Welt an der industriellen Welt (falsches Funktionieren)
Interpretative Analyse der Beziehungen: Hier wird der Protest deutlich, der sich auf den Bruch bzw. Verrat eines gemeinsam mit Aufwand (Dauer und Intensität des Involvements) herbeigeführten Konsens zwischen Zivilgesellschaft und Gemeinderat richtet. Der Konsens (momentane Stabilisierung) wurde in ein Stabilisierungsinstrument (Entwicklungsplan) überführt. Die Kritik richtet sich sowohl darauf, dass der Konsens (gerechtes Urteil) verletzt wurde, als auch darauf, dass der Plan nicht eingehalten wird (falscher Schritt, entgegen der Regel, irrationales Verhalten).		
Akteur (spricht) = Sprecher des Stadtkulturbeirats (= Mitverfasser des Briefs) Kollektiver Akteur =	<i>„Die freie Kunst- und Kulturszene leistet einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Diskurs, die Beteiligung von Min-</i>	„freie Kunst- und Kulturszene leistet einen wichtigen Beitrag für...“ Kompromiss zwischen der Welt der Inspirati-

die freie Kulturszene Diskursive Konstruktion = „leistet einen wichtigen Beitrag...“ Aktanten = zahlreiche Studien Diskursive Konstruktion/räumliches/politisches Element = Lebensstadt, Kulturstadt	<i>derheiten an politischen Prozessen und ganz allgemein für die Qualität der Lebensstadt Linz. Ein abwechslungsreiches kulturelles Leben ist laut zahlreichen Studien eines der wichtigsten weichen Kriterien für die Lebensqualität einer Stadt und damit auch für die Entwicklung dieser unabdingbar. Eine Kürzung der freien Szene würde zwangsläufig zu einer Ausdünnung des Angebots und der kulturellen Diversität führen und damit das mühsam aufgebaute Image der Kulturstadt Linz zerstören.“</i>	on (freie Kunst- und Kulturszene), der industriellen Welt (Leistung, Produktivität) und der staatsbürgerlichen Welt „für den gesellschaftlichen Diskurs, die Beteiligung von Minderheiten an politischen Prozessen“ Vorrang der Kollektive (Gesellschaft) und Einsatz für bürgerliche Rechte von Minderheiten (Boltanski, Thévenot, 2014: S. 256) „abwechslungsreiches kulturelles Leben ist laut zahlreichen Studien eines der wichtigsten weichen Kriterien für die Lebensqualität einer Stadt und damit auch für die Entwicklung dieser unabdingbar“ Arrangement zwischen der Welt des Marktes (Opportunismus), der häuslichen Welt (Leben, Natürlichkeit) und der industriellen Welt (Studien, Kriterien, Qualität) „Kürzung ... Ausdünnung des Angebots ... mühsam aufgebautes Image der Kulturstadt Linz zerstören“ Kritik
--	--	---

		wird durch Kategorien der industriellen Welt (Ineffizienz, Rückschritt), der Welt des Marktes (reduziertes Angebot/weniger Vielfalt) und der Welt der Meinung (verlorenes Image, Indifferenz)
Interpretative Analyse der Beziehungen: In diesem Abschnitt wird die Bedeutung der „freien Szene“ in Bezug zu unterschiedlichen Welten hervorgehoben und damit die Gefahr, die die Kürzung für das Gemeinwohl haben könnte. Diese hohe Bedeutung steht in scharfem Kontrast zu dem zuvor konstruierten Bild der Schwäche und Prekarität und wirkt somit irritierend. Die Leistung „für“ stellt eine Beziehung zur Produktivität (Welt der Industrie), zum Angebot (Welt des Marktes) und zum Gemeinwohl (staatsbürgerliche Welt) her. Dazu kommt das Element der „Lebensstadt“, die auf die Welt des Hauses (Natürlichkeit) und die staatsbürgerliche Welt Bezug nimmt (Nachbarschaft, Zusammenleben). Schließlich wird die drohende Kürzung auch als ineffizient und rückschrittlich in Bezug auf das „mühsam aufgebaute Image“, d.h. den bereits erworbenen Wert in der Welt der Meinung (die über lokale Grenzen hinausstrahlt und in die Welt des Marktes übersetzt werden kann – Tourismus, Wirtschaftsstandort) dargestellt.		

6.3 ZUSAMMENFASSENDE SITUATIONSANALYSE

Die analysierte Situation, bei der es um eine zehnprozentige Kürzung der nicht gebundenen Subventionen in allen Ressorts geht, erscheint in Zahlen gemessen (€ 2,2 Millionen) und im Vergleich zu den Größenordnungen des Gesamtausgabenvolumens laut Subventions- und Transferbericht 2014 (€ 788 Millionen) und der Verschuldung der Stadt (rund € 1,5 Milliarden) als vernachlässigbar. Die Kürzung macht real für das Stadtbudget nur einen minimalsten Unterschied. Die Kürzung der Kulturförderung spart der Stadt € 22.000 (Landeshauptstadt Linz, 2015: S. 7). Zudem sind Kürzungen im Bereich der nicht gebundenen Subventionen verfahrenstechnisch einfach realisierbar, da hier seitens der EmpfängerInnen kein Rechtsanspruch besteht (anders als beispielsweise im Sozial- und Fami-

lienbereich). Die Förderungsvergabe erfolgt in Österreich im Rahmen des privatrechtlichen, nicht-hoheitlichen Bereichs:

„Entscheidungen haben nicht den Status eines Bescheids; die Beziehung zwischen Staat und Antragsteller ist rein privatrechtlich, wenngleich der Staat, auch wenn er sich der Instrumente des Privatrechts bedient, niemals ein echter Privatier ist“ (Zembylas, 2017c: S. 8).

Anders als bei Subventionen für stadteigene bzw. anteilig besessene Kulturbetriebe gibt es auch keine vertraglichen Regelungen. Bei den Subventionen für stadteigene Kulturbetriebe ist die Stadt zudem als Eigentümer und Arbeitgeber von Eigeninteressen geleitet (Tschmuck, 2008). Warum also wird diese Situation derart mit Bedeutung aufgeladen?

Obwohl eine Kürzung im Bereich der nicht gebundenen Subventionen quasi eine Formsache ist, wird sie zum diskussionswürdigen Problem. Denn den beteiligten PolitikerInnen ist klar, dass Kürzungen bei Vereinen bei der Bevölkerung unbeliebt sind (im Gegensatz zu anderen geplanten Maßnahmen wie etwa einer Reduzierung der Beteiligung an Empfängen des Landes Oberösterreich (APA/Wirtschaftsblatt, 2014) oder der Reduzierung der Parteienförderung um ebenfalls zehn Prozent (Oberösterreichische Nachrichten, 2014). Insbesondere Letztgenanntes hat eine legitimierende Funktion gegenüber den Vereinen mit der Intention, eine Schicksalsgemeinschaft zu schaffen (wir *alle* müssen sparen). Durch eine politische Diskussion, die auch in die Öffentlichkeit getragen wird, wird dem Eindruck vorgebeugt, dass es sich um eine willkürliche Entscheidung handelt. Die Diskussion zielt darauf ab, seitens der EntscheiderInnen den Eindruck der sorgfältigen und sachlichen Abwägung zu erzielen (Zembylas, 2005: S. 20–24). Allerdings gab es keine *Verhandlung* der Kürzung im eigentlichen Sinn. Die Entscheidung wurde hinter verschlossenen Türen seitens des Stadtsenats bereits vor der Gemeinderatssitzung getroffen. Es wurde niemals ernsthaft die Höhe oder die Verteilung der Kürzungen debattiert. Die Diskussion hat somit den Charakter einer öffentlichen Rechtfertigung ohne Einbezug der Betroffenen (Deliberation) oder intensive Beratschlagung im Gemeinderat (von diesem wird lediglich ein Auftrag erbeten).

Für die Betroffenen ist die Entscheidung zwar nicht ganz unmittelbar existenzbedrohend, hier kann seitens des Stadtkulturbeirats von einer rhetorischen Dramatisierung ausgegangen werden (denn von 1.200–5.000 Euro Kulturförderung im Jahr kann ohnehin keine Initiative und kein Mensch überleben und diejenigen mit Förderungen im fünfstelligen Bereich werden die 10%-Reduktion verkraf-

ten). Kulturförderung bezieht sich nicht auf den wahren Wert oder Preis der Arbeit bzw. Dienstleistung (als Kompromiss zwischen der Welt des Marktes und der industriellen Welt). Ein freiwilliger Beitrag, eine Investition der Kulturschaffenden als Dienst am Gemeinwohl („Ehrenamt“) stabilisiert dieses Arrangement (Boltanski, Thévenot, 2014: S. 369). Die Wirkung der Kürzung ist daher demoralisierend im Hinblick auf die öffentliche Anerkennung der Arbeit von Kulturvereinen, KünstlerInnen und Kulturschaffenden. Trotz der unmittelbaren Betroffenheit werden die Adressaten der Subventionen (im Kulturbereich die Kulturvereine, KünstlerInnen und Kulturschaffende) nicht aktiv in die Debatte einbezogen. Sie haben keine eigene Stimme, versuchen jedoch, sich über E-Mails an die MandatarInnen Gehör zu verschaffen. Diese Form der Kommunikation findet jedoch nicht in der staatsbürgerlichen, öffentlichen Sphäre statt, sondern ist in die private Sphäre verlagert und individualisiert. Der Stadtkulturbeirat positioniert sich als kollektiver Fürsprecher, kann sich jedoch auch nur indirekt in die Debatte einmischen bzw. dagegen protestieren.

In der Auseinandersetzung zwischen Kulturstadtrat und Finanzstadtrat ist ein parteipolitischer Machtkampf (Konkurrenzbeziehung in der Welt des Marktes (Boltanski, Thévenot, 2014: S. 270)) nachvollziehbar, der auch über die politische Bedeutung der jeweiligen Ressorts ausgetragen wird (die Marginalität des Kulturressorts und der ÖVP gegenüber dem hohen Status der SPÖ und des Finanzstadtrats). Die Kürzung im Kulturbereich wird somit eine symbolische Arena der Auseinandersetzung, in die öffentlicher Antagonismus kanalisiert wird. Dies hat somit auch eine legitimierende Funktion (nach dem Motto: Wir haben es uns nicht leicht gemacht). Die Diskussion bei der Sitzung des Gemeinderats ist symbolisch beziehungsweise ein routinisierter Akt. Es geht nicht mehr um die Inhalte (inhaltliche politische Kritik am Sparkurs wird von der Opposition, den Grünen und der KPÖ vorgetragen (Gemeinderat der Stadt Linz, 2014), aber nicht von der ÖVP), sondern nur noch um die geeigneten Methoden. Die parteipolitischen Gegner, die innerhalb der Stadtregierung auf Zusammenarbeit angewiesen sind, positionieren sich dabei autoritär als Experten und Herren im eigenen Bereich. Das Dilemma der Gerechtigkeit wird in die häusliche Sphäre verlagert. Ein paternalistischer, fürsorglicher Gestus verdeutlicht, dass die Betroffenen keine Chancen auf Mitsprache in einer demokratischen Aushandlung bekommen, sondern als Bedürftige behandelt werden. Die Betroffenen und ihre Perspektive werden nicht einbezogen – sie werden sowohl durch den paternalistischen Gestus als auch durch die Opportunität des autoritären Handelns als entscheidender Referent vom Entscheidungsverfahren ausgeschlossen. Daher kann

auch die Frage nicht beantwortet werden, welches Ergebnis die Betroffenen als gerecht empfinden würden (Rawls, 1975).

Die Verlagerung in die industrielle Welt ist ambivalent: Einerseits wird Expertise zur Legitimierung der Entscheidungskompetenz herangezogen, andererseits werden damit demokratische Aushandlungsprozesse vermieden. Auch die politische Verantwortung wird quasi delegiert, indem die PolitikerInnen sich auf Gutachten berufen. Kategorien eines „Kulturbereichs“, die Teuerung und Kürzungen, die sich in Prozentsätzen ausdrückt, suggerieren ebenfalls einen sehr engen Verhandlungsspielraum in einem rigiden, entmenslichten System. Dabei werden politische Entscheidungen in der Vergangenheit, die zum Entstehen dieser Situation geführt haben (wie die hochriskanten Kreditgeschäfte), die von PolitikerInnen verantwortet sind und die nun den Entscheidungsspielraum einschränken, bewusst nicht thematisiert.

Der/die MitarbeiterIn der Verwaltung verkörpert in der Situation die Position des unparteiischen Zuschauers („impartial spectator“ nach John Smith (Boltanski, Thévenot, 2014: S. 87)). Als solcher ist die Person um Ausgleich der Informationen bemüht, um eine Kommunikation zwischen Politik und Kulturszene zu ermöglichen, greift aber nicht direkt ein. Die Kulturverwaltung steht zwischen einer normativen Verpflichtung gegenüber dem Kulturbereich (Ansprechpartnerin für die Fördernehmer) und gegenüber dem politischen Referenten (dienstliche Loyalität, Weisungsgebundenheit, Konsequenzen einer dienstrechtlichen Verfehlung (Republik Österreich, 1979: Abs. § 43)), Verpflichtungen, die sie vereinbaren bzw. ausbalancieren muss. In der analysierten Passage werden Schnelligkeit und Automatismus der politischen Entscheidungsfindung als bewusst erzeugte Herrschaftsinstrumente deutlich. Demgegenüber wird die Kulturentwicklungsplanung als langfristiges Verfahren unter fairen Bedingungen der Beteiligung dargestellt. Die Verwaltung war an der Umsetzung der Kulturentwicklungsplanung als Projektleitung, Projektkoordination und Redaktion maßgeblich beteiligt und ist somit, was die Beurteilung dieses Verfahrens angeht, nicht neutral.

Die Freie Szene ist ein hybrides Kollektiv, das immer wieder umgedeutet und in unterschiedlichen Welten verortet wird und damit in seiner Bedeutung und Bewertung grundsätzlich umstritten ist. Handelt es sich um Subjekte der inspirierten Welt, die ‚aufleuchtende‘ Szene der schöpferisch Tätigen? Oder als Freie, Konkurrenten um Subjekte der Welt des Marktes? Oder, als Ehrenamtliche, um Subjekte der staatsbürgerlichen Welt, die einen unbezahlten Dienst am Gemeinwohl ausführen? Diese Mehrdeutigkeit zeigt sich auch in der Beziehung zwi-

schen der Freien Szene als Kollektiv und den politischen AkteurInnen (und dem Stadtkulturbeirat), die keine klare Begründung formulieren, warum die freie Szene mit öffentlichem Geld gefördert werden soll. Geht es um eine Investition in der Welt des Marktes? Geht es um eine soziale Unterstützung von Bedürftigen? Geht es um eine Förderung für den Dienst am Gemeinwohl?

Warum bekommt die Freie Szene im Vergleich zu den ebenfalls von den Kürzungen betroffenen Sportvereinen in der Auseinandersetzung politisch eine so hohe Aufmerksamkeit? Zum einen durch den Stadtkulturbeirat, der sich, ad personam, durch den Sprecher und durch einen offenen Brief (als Medium, das sowohl an die politisch Verantwortlichen als auch an die Öffentlichkeit adressiert ist) als solidarischer Fürsprecher positioniert. Das Instrument des offenen Briefs wird gewählt, da der Stadtkulturbeirat in die der offiziellen Entscheidung im Gemeinderat vorausgehenden Verhandlungen nicht involviert war (sein Rat wurde nicht gesucht, da von politischer Seite Kritik an der Entscheidung antizipiert wurde). Da der Stadtkulturbeirat aber über die entsprechenden Informationen durch Austausch in den Gremien und informellen Austausch mit Politik und Verwaltung verfügt, sieht er sich zum Eingreifen veranlasst. Dabei wird ein ambivalentes Bild der freien Szene zwischen Prekarität und unmittelbarer Existenzbedrohung *einzelner* Initiativen und Individuen und umfassender wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung der Freien Szene *insgesamt* in der „Kulturstadt“ und „Lebensstadt“ gezeichnet. Durch diese Positionierung zwischen Hybris und Debris wird das Bild der Freien Szene noch unklarer.

Im Unterschied zu den politisch Verantwortlichen, die um das Entscheidungsverfahren streiten, richtet sich der Protest der Freien Szene auf die Zielsetzungen bzw. die Folgen für die Betroffenen und das Gemeinwesen in der Stadt. Diese möglichen Folgen werden im Protestbrief rhetorisch übersteigert und dramatisiert, was die Dringlichkeit des Förderungsbedarfs unterstreicht. Auf diese Weise werden die Betroffenen aber auch nicht als Verhandlungspartner positioniert, um einen deliberativen Entscheidungsprozess mit gleichen Verfahrensbedingungen zu fordern. Implizit wird somit der paternalistische und autoritäre Verteilungsgehalt qua Expertise, Eigentum und Verantwortung der Stadtregierung akzeptiert bzw. prolongiert.

Durch ihre MitarbeiterInnen verfügen Kulturvereine und -initiativen über kommunikative und rhetorische Fähigkeiten, die es ermöglichen, ihre Kritik in unterschiedlichen Kanälen (z.B. Blogs (Diesenreiter, Stadtkulturbeirat Linz, 2014) und „zahlreiche E-Mails“ an die Fraktionen (Gemeinderat der Stadt Linz, 2014))

zu artikulieren. Allerdings wird ihre Kritik in den lokalen Tageszeitungen nicht aufgegriffen (APA/Wirtschaftsblatt, 2014; Oberösterreichische Nachrichten, 2014), die nur über die Budgetkürzungen insgesamt berichten – eine breitere, über den Kulturbereich hinausgehende Öffentlichkeit wird somit nicht erreicht. Warum solidarisieren sich – abgesehen vom Stadtkulturbeirat – alle FördernehmerInnen im Kulturbereich nicht und formulieren kollektive Kritik, wenn die freie Szene *insgesamt* für das Kulturleben so bedeutend ist? Neben dem knappen Entscheidungszeitraum, der politisch im Sinne von Effizienz als Herrschaftsinstrument zur Abwehr von breiter Verhandlung beabsichtigt ist, besteht auch Anlass zur Vermutung, dass die Konkurrenz um Fördergelder und die starke Fragmentierung des Bereichs (163 einzelne FörderempfängerInnen unterschiedlicher künstlerischer/kultureller Sparten, zusätzlich zu EmpfängerInnen von Kleinstförderungen unter € 1.200) eine gemeinsame Mobilisierung verhindert.

Bei einer ähnlich gelagerten Diskussion in Graz, bei der es in einem längeren Verhandlungszeitraum zwischen Sommer 2013 und Frühjahr 2014 um eine Fortsetzung der dreijährigen Förderverträge der Stadt mit acht Kulturinstitutionen ging, die über 100.000 Euro jährliche Förderung beziehen, zeigte sich, wie eine kollektive Mobilisierung möglich wurde. Hier formulierten die acht betroffenen Kultureinrichtungen einen eigenen offenen Brief (Camera Austria u.a., 2013), zusätzlich zu den offenen Briefen des Grazer Kulturbeirats als zivilgesellschaftliches Beratungsgremium der Kulturstadträtin und der IG Kultur Steiermark. Die rhetorischen Appelle sind ähnlich; auch hier wurde versucht, durch

- Emotionalisierung und Dramatisierung bzw. Pathos („wird mit größter Sorge beobachtet – eine Erosion der gesamten Grazer Kulturlandschaft, die über Jahrzehnte aufgebaut wurde, ist zu befürchten“ (Kulturbeirat Graz, 2013))
- Ethos („Mehrere Male wurde auf den Einsatz und den Idealismus der vielen Personen hingewiesen, die mit wenig und unsicherem Einkommen für diese Vielfalt sorgen. Angesichts der mit den jetzigen Mitteln möglichen Honorare und Gehälter ist es zynisch, hier ein relevantes Einsparungspotenzial zu sehen“ (Camera Austria u.a., 2013)) und
- Logos („In diesem Licht betrachtet ist es höchst unverständlich, warum die Stadtregierung jetzt keine Entscheidung treffen will über eine Vertragssumme, die im Vergleich zum Gesamtbudget äußerst klein ist: es geht um nicht einmal 0,18 % des Gesamthaushaltes.“ (IG Kultur Steiermark, 2013))

zu argumentieren. Durch den längeren Verhandlungszeitraum wurde eine breitere Mobilisierung und breitere Öffentlichkeit in lokalen Tageszeitungen erreicht.

Die acht Kultureinrichtungen, die im Zentrum der Entscheidung standen, sind nicht so indifferent wie 163 einzelne FörderwerberInnen, sondern in der Stadt und darüber hinaus bekannt (es handelt sich um Camera Austria, Forum am Stadtpark, Diagonale, Grazer Kunstverein, Kulturvermittlung Steiermark, La Strada, Styriarte und das Theater am Bahnhof). Durch ihre Bekanntheit, wirtschaftliche Bedeutung und ihre Verbindung mit dem Land Steiermark haben sie auch politisch eine andere Bedeutung und erreichten damit auf Ebene der Stadtpolitik eine Anerkennung, die über den Gestus der paternalistischen Fürsorge hinausgeht.

Zurückkommend auf Linz ist festzuhalten, dass der mit hohem Aufwand unter Vermittlung der Verwaltung zwischen Politik und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen hergestellte Konsens, der sich im Kulturentwicklungsplan manifestiert, durch die politisch-autoritäre Entscheidung ohne Rücksprache mit den Beteiligten gebrochen wird. Auch die Diskussion, der sich der Kulturreferent mit der freien Szene stellt, erscheint eher als symbolischer Versuch der Selbstlegitimation denn als gemeinsame Suche nach Alternativen. In seiner Rede positioniert er sich als „parteipolitisch unverdächtig“ und damit in Distanz zur Freien Szene, die er nicht als AnhängerInnen seiner Partei ÖVP betrachtet. Er handelt somit als Kulturstadtrat eher pflichtschuldig seiner Aufgabe gegenüber denn aus genuinem Interesse, auch wird ein routinisiert ausgetragener parteipolitischer Machtkampf statt einer Auseinandersetzung um die Sache deutlich.

Somit ist es nicht verwunderlich, dass sich die Kulturschaffenden frustriert von politischen Prozessen zeigen: Einerseits werden ihre zeitlichen Ressourcen und Ideen nachgefragt, die sie für das Gemeinwohl im Sinne der Kulturentwicklungsplanung investieren. Andererseits werden sie, wenn es um budgetäre Aspekte geht, weder in den Beratungen eingebunden, noch können sie sich auf ihr Recht berufen oder Einspruch erheben, da die Kultursubvention eine freiwillige Leistung und privatrechtlich geregelt ist. Es bleibt nur der öffentliche und private bzw. informelle Protest, der nicht gänzlich wirkungslos ist, da er von MandatarInnen der Parteien argumentativ aufgegriffen wird, aber an der Entscheidung selbst nichts ändert.

Zusammenfassend lässt sich anhand einer einfachen Häufigkeitszählung der Rechtfertigungsprinzipien, die sich in den kommunikativen Sprechhandlungen in der analysierten Situation zur Kürzung der nicht gebundenen Subventionen in Linz manifestieren, darstellen: Es überwiegen Prinzipien aus der staatsbürgerlichen Welt (64) und der industriellen Welt (53). Die AkteurInnen bewegen sich mit ihren Argumentationen vorwiegend in der Sphäre des staatsbürgerlich-

industriellen Gemeinwesens. Rechtfertigungsprinzipien aus der Welt des Marktes (30) und der häuslichen Welt (27) werden ebenfalls relativ häufig von den AkteurInnen hinzugezogen. Eine generelle Tendenz zur ‚Vermarktwirtschaftlichung‘ des Gemeinwesens kann daraus nicht erkannt werden. Allerdings zeigt sich, dass wirtschaftliches Handeln als Koordination anhand von Prinzipien der Welt des Marktes *und* der industriellen Welt (Boltanski, Thévenot, 2014: S. 264-265) insgesamt dominiert. Die relativ häufigen Bezüge zur häuslichen Welt lassen darauf schließen, dass zwischenmenschliche Beziehungen auf kommunaler (kultur-)politischer Ebene Gewicht haben. Weitaus weniger verwenden die AkteurInnen Prinzipien der Welt der Meinung (17), wobei hier vorausgeschickt werden muss, dass die Argumentation im Gemeinderat generell von einer persuasiven Handlungsorientierung geprägt ist, die über Instanzen und Gremien der staatsbürgerlichen Welt legitimiert wird. Am wenigsten werden Prinzipien aus der inspirierten Welt (7) verwendet, der Welt, in der man künstlerisches und kreatives Schaffen am ehesten verorten würde. Die Instabilität dieser Welt führt potenziell dazu, dass die AkteurInnen den Prinzipien dieser Welt in Verhandlungen, bei denen es um Geld geht, wenig Vertrauen schenken. Dies stimmt insofern bedenklich, als dass Kulturförderungspolitik eine Allokationspolitik ist, bei der sich der Kunst- und Kulturbereich auf Rechtfertigungen aus der inspirierten Welt selbst offenbar nur wenig stützt bzw. stützen kann. Legitimationsdruck wird über Rechtfertigungen aus anderen Welten (insbesondere der staatsbürgerlichen Welt, der Welt des Marktes, der industriellen Welt) geäußert und entgegnet.

